Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935
1892

24.3.1892 (No. 68)

Visual Library

Erscheint täglich mit Ausnahme Sonn- und Feiertags und kostet in Karlsruhe in's Haus gebracht vierteljährlich 2 Mk. 60 Pfg. (monatlich 70 Pfg., wenn in der Expedition oder in den Agenturen abgeholt), durch die Post bezogen vierteljährlich 3 Mk. 25 Pfg., mit Bestellgeld 3 Mk. 65 Pfg.

Bestellungen werden jederzeit entgegengenommen.

Badischer Beobachter.

Samstags-Beilage:
Das illustrirte achtseitige Unterhaltungsblatt
„Sterne und Blumen".

Anzeigen: Die sechsspaltige Petitzeile oder deren Raum 12 Pfg., Reklamen 25 Pfg. Bei öfterer Wiederholung entsprechender Rabatt. Inserate nehmen außer der Expedition alle Annoncen-Bureaux an.

Redaktion und Expedition: Adlerstraße Nr. 42 in Karlsruhe.

№ 68. Donnerstag, den 24. März 1892.

Zur Krisis in Preußen.

Der Kaiser hat die Entlassungsurkunde des Kultusministers Grafen Zedlitz bereits vollzogen. General Graf Caprivi hat sich entschlossen, seine Aemter als deutscher Reichskanzler und preußischer Minister der auswärtigen Angelegenheiten beizubehalten, dagegen den Vorsitz im preußischen Staatsministerium aufzugeben. Er behält auf diese Weise die Führung der preußischen Stimmen im Bundesrath, kann sich aber von den ausschließlich preußischen Angelegenheiten mehr als bisher zurückhalten, wodurch auch seine übermäßige Arbeitslast vermindert wird. Zunächst handelt es sich um eine Ernennung eines preußischen Ministerpräsidenten. Einen entsprechenden Vorschlag soll Graf Caprivi dem Kaiser schon unterbreitet haben. Der Ministerpräsident wird voraussichtlich nur den Vorsitz im Ministerium, nicht aber ein besonderes Ministerportefeuille führen. Erst nach seiner Ernennung kann die Frage, wer Nachfolger des Grafen Zedlitz werden soll, gelöst werden. Minister Dr. v. Bötticher konnte für den Vorsitz im Staatsministerium nicht in Betracht kommen, weil er im Hauptamte Staatssekretär des Reichsamts des Innern und als solcher Untergebener des Reichskanzlers ist.

Die Lösung der Krisis dürfte in so fern eine provisorische sein, als an ein langes Verbleiben des Grafen v. Caprivi auf dem Reichskanzlerposten nicht zu denken ist. Die Geschäfte des Reichskanzlers sind zu eng mit denen des preußischen Ministerpräsidenten und Ministers des Auswärtigen verwachsen, als daß sie dauernd von einander zu trennen wären. Die interimistische Ministerpräsidentschaft des Grafen von Roon im Jahre 1873 hat die Unzuträglichkeit einer Trennung der beiden Posten deutlich bewiesen, obwohl Herr v. Roon schließlich doch nichts anderes that, als den Bismarck'schen Weisungen zu folgen. Ein etwas selbständiger preußischer Ministerpräsident wird nicht immer die gleichen Ansichten haben wie Graf Caprivi, aber eine Meinungsverschiedenheit zwischen den beiden höchsten Beamten des Reiches und Preußens ist nicht erträglich. Man nimmt daher an, daß Graf v. Caprivi in nächster Zeit auch abgehen wird. Der Kaiser, augenblicklich unwohl, soll sich nicht in der Lage befunden haben, jetzt einen neuen Reichskanzler auszuwählen, und daher Graf Caprivi gegen seinen dringendsten Wunsch zum provisorischen Bleiben veranlaßt haben.

Ueber die eingetretene Wendung lassen die „Hamb. Nachr." folgendermaßen sich vernehmen: „Es ist unmöglich, sich bereits ein Urtheil über den schließlichen Ausgang der Krisis und ihre Tragweite zu bilden. Nur so viel ist klar, daß das Volksschulgesetz, einerlei wie sich die weitere Behandlung desselben gestalten mag, verloren ist. So erfreulich die Thatsache für die Gegner dieses Unternehmens ist, so bezeichnet sie andererseits doch eine Niederlage, welche noch schwerer als für die klerikal-konservative Koalition, für die Regierung sein dürfte. Das größte Experiment der neuesten Aera hat als völlig verfehlt und höchst gefährlich aufgegeben werden müssen. Das ist eine Thatsache, die nicht ohne verhängnißvolle Folgen bleiben kann. Wenn es wahr ist, daß vor allem der Respekt vor der Unentbehrlichkeit der Unterstützung des Centrums im Reichstage die Regierung in die falsche Bahn gedrängt hat, so fragt sich, wie weit das Centrum nunmehr diese Unterstützung zu gewähren noch gewillt oder überhaupt in der Lage sein wird. Andererseits aber, wenn die Regierung zum Centrum etwa in einen schroffen Gegensatz geriethe, wäre alsdann die sichere Aussicht auf eine zielbewußte Politik gegeben, die alle Konsequenzen auf sich zu nehmen fest entschlossen wäre? Derartige Erwägungen müssen die Genugthuung, welche man über das Scheitern des Schulgesetzes empfinden mag, erheblich beeinträchtigen. In dem Lager der Konservativen und des Centrums sah man die Betroffenheit auf allen Mienen! Aber auch bei den Liberalen war von eigentlicher Freude über die verblüffende Wendung nichts zu verspüren. Man hat allgemein das Gefühl, vor dem Unbekannten und Unberechenbaren zu stehen und nur der eine Wunsch beherrscht die Reichsboten ohne Unterschied der Partei, derjenige nämlich, so rasch wie möglich dem Berliner Dunstkreise entrinnen zu können. Unter den obwaltenden Umständen kann auch die Regierung eine das allernothwendigste Maß überschreitende Dauer der Session nicht wünschen, und so wird jener Wunsch vielleicht schon in nächster Woche erfüllt werden. Die „Hamb. Nachr." nützen also die Vorgänge der jüngsten Tage bestens im Interesse ihres hohen Gönner's vom „alten Kurse" aus.

Zur Ministerkrisis führt der „Reichsbote" in einem längeren sehr klar und entschieden gehaltenen Artikel aus, daß seiner Ansicht nach Graf Caprivi nicht bleiben könne, falls das Gesetz der Opposition gegenüber fallen soll, welche er so energisch bekämpft habe; dann heißt es wörtlich: „Der Reichskanzler weiß, daß er nicht blos Reichskanzler, sondern auch preußischer Ministerpräsident ist. — Noch vor 8—14 Tagen soll der Kaiser sich in Privatgesprächen dahin ausgesprochen haben, daß er das Zustandekommen des Gesetzes bestimmt wünsche, und daß die Konservativen nicht weichen, sondern dazu helfen müßten. Jedenfalls mußte man auch aus der Rede des Kaisers auf dem Brandenburger Provinzial-Landtag gegen die Nörgler, insbesondere aus dem Wort: „Mein Kurs ist der richtige und der wird weitergesteuert" — entnehmen, daß der Kaiser an nichts weniger, als an ein Zurückziehen des Schulgesetzes dachte! Wir wünschen auf das Dringendste, daß die plötzlich und ganz unerwartet entstandene Krisis überwunden und beide Minister im Amte bleiben möchten; denn nur dann wäre es möglich, noch größeren Schaden zu verhüten und auch noch das Schulgesetz zu retten. — Aber das ist nach dem, was geschehen ist, leider kaum noch zu erwarten. Nur wenn das Schulgesetz bleibt, können nach allem, was vorgegangen ist, auch die Minister bleiben; eine andere Situation halten wir nicht für möglich. Von dem Könige in einer so wichtigen, die ganze Situation beherrschenden Sache desavouirt, können konservative Minister nicht mehr vor dem Landtage und dem Lande erscheinen." An einer anderen Stelle führt das Blatt aus, nachdem es betont, daß die Konservativen nach den jetzigen Vorgängen bei jeder Unterstützung der Regierung sich fragen müssen: „wird die Regierung auch nicht selbst ihre Vorlagen im Stiche lassen? Ja selbst die Minister müssen sich die bange Frage vorlegen. Wo soll da noch ein konservativer Minister den Muth hernehmen, gegen den Liberalismus anzukämpfen?" Wir werden nicht irre an der Monarchie; aber wir fürchten, daß die Gegner ihre Konsequenzen aus diesen Vorgängen ziehen werden — und nichts ist schlimmer für die Regierung als Schwanken und Mangel an Festigkeit. Hat sich die Regierung durch die Opposition und den Preß- und Petitionssturm der Nationalliberalen und Freikonservativen einschüchtern lassen, so werden wir uns nun darauf gefaßt machen müssen, daß auch die noch weiter nach links stehenden Parteien die Mittel benutzen werden — namentlich, wo es gegen Kirche und Christenthum geht!"

Deutschland.

Berlin, 22. März.

Die in Umlauf befindlichen ungünstigen Gerüchte über den Gesundheitszustand des Kaisers werden vom Hofbericht dementirt. Es sei nur starke Heiserkeit und allgemeine Mattigkeit vorhanden, deren Hebung bei der günstigen Lage von Hubertusstock bald zu erwarten sei.

— Die „Nationalztg." erfährt, der Justizminister habe die Staatsanwaltschaften angewiesen, Anklagen wegen Majestätsbeleidigung gegen die Presse nur nach Genehmigung des Ministers zu erheben.

— Der „Börsen-Courier" meldet, es bestehe die bestimmte Absicht, den Reichstag am 31. März zu schließen.

— Dem Bundesrath ging ein Gesetzentwurf zu betreffs Vergütung des Cacaozolles bei der Ausfuhr von Cacaowaaren. Behufs Verbesserung des elsaß-lothringischen Kanalnetzes soll der Rhein-Marne-Kanal von der französischen Grenze bis nach Straßburg, der Saar-Kanal einschließlich der kanalisirten Saar bis zur preußischen Grenze, der Rhein-Rhone-Kanal von Straßburg bis Mülhausen und der Kolmarer-Kanal vertieft und die vorhandenen Schleusen verlängert werden. Der bezügliche Gesetzentwurf ist dem Bundesrath zugegangen.

— Im Herrenhaus bedauerte beim Gesetz betreffs die Heilighaltung der Sonntage in Schleswig-Holstein v. Klinkowström, denjenigen Kultusminister nicht mehr anwesend zu sehen, von welchem er so große Förderung der kirchlichen Interessen erwartete. (Lebhafter Beifall.) Er hoffe, daß seine Worte tausendstimmigen Widerhall im Lande finden würden bei denen, welche die christliche Schule behufs Erziehung der Jugend zur Gottesfurcht und Königstreue für nöthig halten. (Lebhafter Beifall.)

Ausland.

Paris, 22. März. Heute Morgen wurden in St. Denis bei mehreren Anarchisten wieder polizeiliche Haussuchungen vorgenommen.

Der Handelsminister unterbreitete heute dem Ministerrathe eine Gesetzvorlage zur Genehmigung, durch welche die Beförderung von Gegenständen aller Art, deren Werth 2500 Francs und deren Gewicht 500 Gramm nicht übersteigt, durch die Post gegen Nachnahme eingerichtet wird. Durch die Vorlage soll die Organisation einer internationalen Beförderung von Sendungen gegen Nachnahme ermöglicht werden.

Bei ihrer Ankunft in Hyères fand die Königin Victoria ein Begrüßungstelegramm des Präsidenten Carnot vor, auf das sie Folgendes telegraphisch erwiderte: „Bei meiner Ankunft fand ich Ihr liebenswürdiges Telegramm vor und danke Ihnen aufrichtig. Ich bin sehr zufrieden, daß ich wieder in der schönen Provence weile, wo ich jedesmal mit so großer Güte aufgenommen wurde und wo ich sicherlich die Ruhe finden werde. Besonders angenehm berührt war ich von der Art, wie man meine große Trauer während der 24 Stunden achtete, die ich in Cherbourg zubrachte."

Lüttich, 22. März. Wegen einer zehnprocentigen Lohnherabsetzung in Marihaye und Seraing ist ein Ausstand ausgebrochen.

London, 22. März. Wie die „Times" von gut unterrichteter Seite hört, würden die Vorschläge, welche die portugiesische Regierung gegenüber den Delegirten der auswärtigen Gläubiger gemacht hat, Abänderungen erfahren. Das Blatt meint, daß die portugiesische Regierung bereits darüber unterrichtet wäre, daß es keineswegs wahrscheinlich sei, daß die in Aussicht genommene neue Anleihe, deren Verzinsung durch Zolleinnahmen gewährleistet werden soll, von Erfolg begleitet sein würde.

Petersburg, 22. März. Dem „Czas" zufolge fordert die russische Behörde alle Ausländer, welche Beamte der südwestlichen Eisenbahnen sind, ferner dort ansässige Industrielle auf, bis 1. Juli Russen zu werden, andernfalls erfolge Entlassung der Beamten resp. Liquidirung der industriellen Unternehmungen.

Rom, 22. März. Der schweizerische Gesandte übergab dem italienischen Ministerpräsidenten Marchese di Rudini die Antwort auf die letzte italienische Note. Die Schweiz nimmt die letzten italienischen Vorschläge betreffend die Baumwollzölle an.

Deutscher Reichstag.

C.P.C. **Berlin**, 21. März.

„Es wird Zeit, daß dieser Reichstag nach Hause geht" — diese Worte entschlüpften dem Staatssekretär v. Bötticher, als er heute den Sitzungssaal betrat und das kleine Häuflein der Erschienenen überschaute. Zu Ende, zu Ende! Diese Stimmung, die sich stets geltend macht, sowie ein naher Schluß in Aussicht steht, beherrschte auch heute den Gang der Verhandlungen.

Zunächst wurde in dritter Lesung der Gesetzentwurf betr. die Gesellschaften mit beschränkter Haftung nach einer Generaldebatte, in welcher nur die Abgg. Brömel (dfr.) und v. Strombeck (Centr.) Bedenken gegen die Vorlage geltend machten und deshalb ihre Vertagung bis zur nächsten Session befürworteten, en bloc angenommen. Dagegen stimmten nur einige Freisinnige und Centrumsmitglieder.

Hierauf folgte die zweite Berathung des Gesetzentwurfs betr. die Unterstützung von Familien der zu Friedensübungen eingezogenen Mannschaften der Reserve und der Land- und Seewehr. Die Kommission hat im § 1 die Unterstützung auch auf die Familien der zur zweiten oder dritten Uebung eingezogenen Ersatzreservisten ausgedehnt, dagegen die Familien von einberufenen Reichs-, Staats- oder Kommunalbeamten ausgeschlossen. Während die Vorlage ferner die Unterstützung nur im Falle der Bedürftigkeit gewähren will, soll nach dem Kommissionsantrag die Unterstützung allgemein „auf Verlangen" gegeben werden. In den ferneren Paragraphen hat die Kommission noch andere erhebliche Erweiterungen beschlossen, namentlich hat sie die Sätze der Unterstützung erhöht und die gesammten Kosten dem Reiche zur Last gelegt.

Staatssekretär Dr. v. Bötticher, der heute nach seiner Erkrankung zum ersten Male wieder im Reichstage erschienen war, wies auf die außerordentlich große finanzielle Tragweite dieser Beschlüsse hin, zu denen der Bundesrath schwerlich seine Zustimmung geben werde. Man möge also bei der Vorlage bleiben, um das Gesetz nicht zu gefährden, das doch einem dringenden Bedürfniß abhelfe.

Abg. Hahn (kons.) vertheidigte dagegen die Kommissionsbeschlüsse, namentlich die Änderung, daß die Unterstützung auf Verlangen jedem gewährt werden soll. Damit werde der Unterstützung der Charakter eines Almosens genommen und die finanzielle Wirkung werde nicht so erheblich sein.

Abg. Singer (Soc.) trat ebenfalls entschieden für die Kommissionsbeschlüsse ein, die statt der von der Regierung gebotenen Bettelpfennige eine wenigstens einigermaßen aus-

---

Im Sturme geläutert.

65) Von Philipp Laicus.

(Nachdruck verboten.)

(Fortsetzung.)

Indessen dauerte es nicht lange, so war diese Furcht geschwunden. Armand war ein viel zu offener Charakter, als daß er eine solche Spannung der Atmosphäre hätte ertragen können. Bis die Suppe gegessen war, wußte der Pfarrer, wen er vor sich hatte.

„Ich verstehe das," meinte der Greis, seinen Löffel hinlegend. „Die Verhältnisse waren darnach angethan, den Glauben im Volke auszutilgen. Edle Naturen müßten ein solches Joch abzuschütteln versuchen!"

Brasier sah den Pfarrer erstaunt an. Sie nennen den Glauben ein Joch?" fragte er.

„Das wundert Sie?" meinte der Pfarrer. „Der Glaube ist allerdings ein Joch; denn er zwingt unsere Vernunft Wahrheiten anzunehmen, welche sie nicht zu erkennen vermag, weil sie über ihrer Sphäre liegen."

„Was liegt über der Sphäre der Vernunft?" fragte der Advokat.

„Das Wie und Warum aller Dinge!" antwortete der Pfarrer ohne sich zu besinnen. „Sie wollen Ihren Arm heben, und er hebt sich; können Sie begreifen, wie das zugeht? Können Sie begreifen, wie ein bloßer Willensakt Muskeln in Bewegung setzt? . . . Ich kann's nicht! . . . Wenn Sie es mir aber auseinander setzen wollten, so würden Sie mein Wissen um ein wichtiges Stück bereichern."

Der Advokat sann einige Augenblicke nach.

„In der That," sagte er endlich erröthend, „die Erscheinung ist so alltäglich, daß ich noch nicht darüber nachgedacht . . . ."

„Und wenn Sie darüber nachdächten," meinte der Pfarrer lächelnd. „Wir werden es nie begreifen. Ignorabimus!"

„Aber wenn dann der Glaube ein Joch ist," fuhr der Advokat fort, „so müssen Sie doch als katholischer Priester annehmen, daß dies Joch der Menschheit zum Heile dient."

„Gewiß," erwiderte der Pfarrer, „das nehme ich auch an. Ja ich nehme noch mehr an," fuhr er eifrig fort, „in diesem Joche ruht alle menschliche Freiheit und Würde; und es abschütteln heißt die Freiheit zur zügellosen Despotie verkehren und in der Menschheit den rohen Kampf Aller gegen Alle proklamiren."

„Und doch sagen Sie, daß grade die edelsten . . ."

„Ja, mein Herr," antwortete Armandier. „Das ist das Wehe Frankreichs! Wären es schlechte Männer gewesen, die Revolution, die heute schon nur noch an ihrem eignen Bisse sterben kann, wäre im Keime zertreten worden. Aber das ist die entsetzliche That, daß grade die edlen Geister zum Unglauben und zur Revolution getrieben wurden."

„Ihre Auffassung der Lage ist mir vollständig neu," entgegnete der Advokat. „Ich kann mir einen Mann denken, der auf freiheitlichem Boden steht; der kann keinen über sich dulden, und wird jeden vernichten, der eine Autorität über ihn in Anspruch nimmt, sei es nun im Staat, sei es in Kirche."

„Sei es in der Familie," ergänzte der Pfarrer. „Die Kinder würden demnach bestrebt sein, ihre Väter zu vernichten."

„Kinder sind unmündig," meinte der Advokat einigermaßen betreten.

„Wer sagt das?" fragte der Priester scharf.

„Das Gesetz," antwortete der Advokat ruhig.

„Das Gesetz nimmt Autorität in Anspruch, mir etwas zu sagen? Es muß vernichtet werden."

Der Advokat schwieg, von dieser raschen Wendung betreten. Der Geistliche fuhr fort:

„Sie sehen, Ihr freiheitlicher Standpunkt vollinhaltlich führt zur Anarchie. Sie wollten aber noch von einem zweiten Standpunkt reden."

„Ja," meinte jener um vieles zurückhaltender, „das wäre der Standpunkt des Ancien Régime. Der wird natürlich die freiheitliche Bewegung vernichten wollen."

„Und über beiden, mein Herr," bemerkte der Priester ruhig, „ist der Standpunkt des göttlichen Gesetzes."

„Diejenigen aber, welche nicht an das Dasein Gottes glauben . . ."

„Aendert das etwas an der Sache? Sie werden eben auf einem falschen Standpunkte stehen: entweder auf dem Standpunkte des Ancien Régime, oder auf dem Standpunkte der Revolution."

„Sprechen Sie, Herr Pfarrer," sagte der Advokat, „ich höre Ihnen zu, das ist mir neu. Was verstehen Sie eigentlich unter dem Standpunkte des göttlichen Gesetzes?"

„Ich habe vorhin bemerkt, daß Sie nicht beteten;" antwortete der Pfarrer, „und ich darf wohl daraus schließen, daß Sie nicht auf dem Standpunkte des göttlichen Gesetzes stehen."

„Ich würde die Wahrheit verleugnen, wenn ich dies nicht einräumte."

„Sie glauben vielleicht gar nicht an das Dasein Gottes."

„Nein;" sagte er rasch, dann fügte er zögernd bei, indem er tief erröthete, „indessen ich würde auch hier der Wahrheit nicht die ganze Ehre geben, wenn ich leugnen wollte, daß ich in der neueren Zeit gegen meinen Unglauben etwas mißtrauisch geworden bin."

Er hielt dabei das Auge fest auf den Boden geheftet, als ob er sich dieses Geständnisses schäme, und so gewahrte er nichts von dem Eindrucke, welchen dieses Geständniß in Madelon hervorbrachte. Es durchzuckte sie wie ein elektrischer Schlag, eine Blutwelle stieg in ihre Wangen, ihre Lippen zuckten, als wolle sie sprechen und vermöchte es nicht; sie ließ ihre Arbeit auf den Schooß sinken, und preßte ihre Hände auf ihre wogende Brust. Armand begann an seinem Unglauben zu zweifeln.

„Also nehmen wir einmal an, es gäbe eine Autorität, deren rechtliche Begründung wir nicht bestreiten könnten, weil sie uns erschaffen, und der wir uns Alle nicht entziehen könnten, weil sie allmächtig ist . . ."

„Nein, Herr Pfarrer, das nehmen wir nicht an;" bemerkte der Advokat trocken; „das sollen Sie beweisen."

„Ah so, ich meinte, Sie wünschten den Standpunkt des göttlichen Gesetzes kennen zu lernen."

„Allerdings," sagte Armand stotternd, „das war der Ausgangspunkt unseres Gespräches."

„Ich gehe Ihren geforderten Beweisen nicht aus dem Wege; aber es läßt sich nichts klar legen, wenn wir von Einem auf das Andere springen. Dem bin ich in früheren Zeiten fast immer begegnet," fügte er, halb mit sich sprechend, hin. „In St. Florent gibt es fast keine Ungläubigen, und die wenigen, die da sind, suchen weder mich auf, noch lassen sie sich von mir finden. Aber früher habe ich es oft beobachtet. Geben Sie einmal auf sich selber Acht. Nachdem Sie an Ihrem Unglauben zweifeln, werden Sie ja ganz bestimmt viel über religiöse Dinge nachdenken. Ich glaube nicht, daß es Ihnen gelingen wird, einen Gedanken vollständig klar durchzudenken, sondern Sie springen immer vorher auf andere Gegenstände ab."

„Weshalb meinen Sie das?" fragte der Advokat neugierig.

„Weil das Ende jedes bis zur vollkommenen Klarheit ausgesprochenen Gedankens das Dasein Gottes ist. So wie dieser Schemen am Rande der Wüste aufsteigt, sucht der Unglaube unwillkürlich um denselben herumzukommen. Beobachten Sie einmal die Thatsache; die Schlüsse daraus überlasse ich Ihnen. Kommen wir aber zum göttlichen Gesetz."

„Gut: also Gott angenommen; aber ich konstatire nicht zugegeben!"

„Sie sollen Wort haben," versicherte der Priester mit treuherzigem, wenn auch etwas schalkhaften Lächeln: „Sie geben Gott nicht zu! Also angenommen Gott hätte wie die Welt so auch die Menschen zu seiner Verherrlichung geschaffen und wie er der Natur ein Gesetz gegeben, so auch dem Menschen."

„Sie machen sich die Sache leicht: wenn Sie Alles annehmen, so brauchen Sie freilich nichts zu beweisen."

„Schon wieder! Sie wollen ja den Standpunkt dieses Gesetzes kennen lernen; dann habe ich es doch nur mit dem Inhalte zu thun, sagen Sie meinetwegen seinem angeblichen Inhalte, aber nicht mit den Beweisen seiner Existenz. Sie sehen den Schemen am Rande der Wüste aufsteigen, mein Herr!"

„Ich werde schweigen, wie das Grab, bis Sie sagen: ich bin fertig;" meinte der Advokat unwillig über sich selbst.

„Dieses Gesetz ist das weiseste, denn es rührt von der göttlichen Weisheit her; dieses Gesetz trägt das Unterpfand des menschlichen Glückes, denn es rührt von der göttlichen Güte her; der Beachtung wird Lohn, der Nichtbeachtung Strafe folgen, denn es rührt von der göttlichen Gerechtigkeit her; es wird den Schwachen unterstützen, den Irrenden belehren, den Fehlenden zur Reue führen und den Reuigen Verzeihung und Versöhnung bringen, denn es rührt von der göttlichen Barmherzigkeit her. Um dies Gesetz zu verkünden und auf seine Beobachtung überall zu dringen, ist die Aufgabe, zu deren Bewältigung Gott selber seine Kirche gegründet hat. Und was lesen wir nun in diesem Gesetze?"

„Darauf wird es allerdings ankommen," bemerkte der Advokat trocken.

(Fortsetzung folgt.)

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

reichende Unterstützung gewähren. Es sei Pflicht des Reiches, die Familien der Kinderreichen vor Noth zu schützen. Wenn die Regierung so sehr die finanzielle Wirkung betone, so stehe das doch sonderbar ab gegen die Thatsache, daß man für einen Dombau in Berlin 10 Millionen übrig habe, für eine Kaiser-Yacht die Groschen der Steuerzahler flüssig mache, zur Bekämpfung der Sklaverei in Afrika Millionen hingebe. Man solle es darauf ankommen lassen, ob der Bundesrath das einmüthige Verlangen aller Parteien und des ganzen Volkes ablehnen wolle.

Staatssekretär v. Bötticher meinte, man könne ja später, wenn die Unterstützung nicht genügen sollte, weiter gehen.

Abg. v. Schalscha wollte die Arbeit der Kommission nicht als Verbesserung ansehen. Auch bei Beschränkung auf die bedürftigen Familien werde man die Unterstützung nicht als Almosen ansehen.

Abg. Dr. Buhl (nat.-lib.) war der entgegengesetzten Ansicht und vertheidigte die Kommissionsbeschlüsse.

Abg. Osann (nat.-lib.) beantragte die Einfügung eines Paragraphen, welcher die Cession, Verpfändbarkeit und Zwangsvollstreckung der Unterstützungen ausschließt.

Nachdem noch die Abgg. Dr. Orterer (Cent.), Hinze (dfr.) und Osann (nat.-lib.) für die Kommissionsbeschlüsse, die Abgg. Gamp (Rp.), v. Meyer-Arnswalde (kons.) und v. Schalscha für die Regierungsvorlage gesprochen, wurde § 1 nach den Kommissionsbeschlüssen angenommen mit einem Antrage des Abg. Hahn, wonach die Beamten von der Unterstützung ausgeschlossen sein sollen, die ihr Gehalt weiter beziehen.

Der Rest des Gesetzes wurde ebenfalls nach den Kommissionsbeschlüssen mit dem Antrag Osann angenommen.

Die von den Abg. Möller (nat.-lib.) beantragte Novelle zum Unfallversicherungsgesetze, wonach der Bundesrath befugt sein soll, die Zahl der Stellvertreter der nichtständigen Mitglieder des Reichsversicherungsamts aus dem Stande der Arbeitgeber und Arbeitnehmer auf je 6 zu erhöhen, wurde in erster Lesung und schließlich wurden noch einige Wahlprüfungen erledigt.

Morgen: Wahlprüfungen und Petitionen.

Berlin, 22. März.

Im Reichstag ist der Platz des Präsidenten mit Blumen geschmückt aus Anlaß der 200. Sitzung. Der Präsident sagt, es sei ein Tag, wie er voraussichtlich nie wiederkehre. Die Blumen mögen die Blüthe des Reiches bedeuten. Es findet eine mehrstündige Diskussion über die Wahl des Abgeordneten des Wahlkreises Kolmar im Regierungsbezirk Bromberg statt. Die Kommission beantragt Beweiserhebungen. Abg. Träger sagt, der Bericht lese sich wie ein Shakespeare'sches Königsdrama, es seien wohl nie soviel Verstöße gegen die Wahlfreiheit vorgekommen. Die Abstimmung ergibt die Anwesenheit von 227 Mitgliedern. Der Antrag der Kommission mit dem Amendement Träger, daß noch weitergehende Beweiserhebungen vorzunehmen sind, wird angenommen. Das Haus erledigte darauf Petitionen.

Baden.

Karlsruhe, 22. März. Ihre Königlichen Hoheiten die Großherzogin und der Erbgroßherzog haben gestern Nachmittag Donaueschingen verlassen und sind Abends 7 Uhr in Karlsruhe eingetroffen. Die gestern schon gemeldete Unpäßlichkeit Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs besteht in einem mit mäßigem Fieber verlaufenden Bronchialkatarrh und hält, dem Charakter der Erkrankung entsprechend, auch heute noch an.

Karlsruhe, 23. März. Durch Verfügung des königlichen Kriegsministeriums ist Folgendes bestimmt: Garnisonbau-Inspektion Karlsruhe: Schwenck, Garnisonbau-Inspektor, nach Magdeburg versetzt.

** **Karlsruhe,** 22. März. Die Herren Kiefer und Fieser haben so rührend über den schlimmen „Ton" geklagt, der in der Centrumspresse herrschen soll. Herr Staatsrath Eisenlohr hat in ihr Lamento eingestimmt. Wie die beiden genannten Abgeordneten, so gibt auch er in Sachen des guten „Tones" ein ganz ausgeprägtes Beispiel, das freilich kein absonderlich gutes ist. Wir haben selbstverständlich bei dieser Bemerkung nur die Art seines parlamentarischen Auftretens im Auge. Sein spezielles Organ, die aus allgemeinen Staatsmitteln unterstützte „Bad. Korr.", ist nach Kräften bemüht, in der Presse einen besseren „Ton" zur Geltung zu bringen. Wenn der thatsächliche Erfolg lediglich negativ ist; wenn man, wie im Punkte der Wahrheitsliebe, so auch im Punkte des „Tones" keinen merklichen Unterschied zwischen ihr und der „Bad. Landesztg." konstatiren kann, so darf man nicht übersehen, daß das Eine, wie das Andere zu den charakteristischen Merkmalen der nationalliberalen Presse überhaupt gehört.

Wahrheitsliebe sowohl wie auch guten Ton hat die ministerielle „Bad. Korr." unlängst durch eine sehr charakteristische Bearbeitung des demokratischen Abg. Venedey an den Tag gelegt. Dieser Herr hat sich durch sein Auftreten in der Kammer nach jeder Seite hin Achtung errungen. Niemand, auch nicht der voreingenommenste Gegner, kann bestreiten, daß er ein ebenso feitziger wie tüchtiger Volkswertreter ist und sofort den Eindruck macht, daß er offene und gerade Wege in der Politik wandelt und auch in Zukunft wandeln wird. Wie er tüchtig und fleißig ist, so hat er auch Charakter. Das Alles hat aber die „Bad. Korr." nicht abgehalten, ihn zu traktiren, wie es s. Zt. der Abg. Fieser mit dem Abg. Muser gethan, als die „Eierschaalen" aufspazieren mußten.

Herr Venedey hat in Mannheim „in der ihm geläufigen pathetischen Sprachweise" verschiedenes „vorgebracht", was natürlich Alles höchst unbedeutend ist.

Von den „eigenen politischen Sünden" hat er nichts erzählt. Das mag indessen „weniger dem Mangel an Selbsterkenntniß zuzuschreiben sein als der Thatsache, daß Herr Venedey als Politiker noch gar so jung ist, so daß er noch im Flügelkleide politischer Unschuld einherzuschreiten glaubt". Bei ihm zeigt sich „der ungestüme Uebereifer eines politischen Anfängers". Es ist darum ganz in der Ordnung, daß „der jugendliche Parlamentarier" von der „Bad. Korresp." in seine Schranken gewiesen wird.

„Herr Venedey ist offenbar über das Vorurtheil hinausgewachsen, daß man nur über solche Dinge urtheilen solle, die man versteht."

Er meint: Wer frägt heute noch nach dem Verständniß für eine Sache, wo das Schlechtmachen die einzig umlaufsfähige Münze bildet."

Er „befindet sich noch in der glücklichen Lage, eine Vergangenheit nicht zu besitzen".

Endlich ist er „ganz frei von dem oft so schwerfälligen Ballast politischer Erfahrungen".

Der so charakterisirte Abgeordnete hat ein „nothpeinliches Verfahren eingeleitet gegen Alles, was nicht die Modefarbe Venedey (eingetragen unter der Schutzmarke: Wacker) trägt."

Diese Sprachweise ist ein Stück Eisenlohr'scher Manier. Anklänge daran hat man wiederholt aus Reden herausgehört, die der Herr in Erwiderung auf Centrumsredner gehalten hat. So war es unlängst, als er einen offenbar alten Zorn am Abgeordneten Gerber ausließ, so auch schon, wenn er dem Abgeordneten Wacker erwiderte. Er scheint mit diesem „Ton" förmlich verwachsen zu sein, obwohl er einem Redner am Regierungstische herzlich schlecht ansteht. Wenigstens haben die energischen Zurückweisungen, die er jeweils mit in Kauf nehmen mußte, bis jetzt noch wenig Wirkung gehabt. Unter solchen Umständen ist es eigentlich nicht zu verwundern, wenn auch sein Organ einen solchen „Ton" sich herausnimmt.

⊡ **Freiburg,** 19. März. In einer Korrespondenz des „Badischen Beobachters" vom 19. März ist mit vollem Recht darauf hingewiesen worden, daß zur Besprechung pastorell-kirchlicher Angelegenheiten nicht die politische Presse, sondern das Freiburger katholische Kirchenblatt benutzt werden solle. Wir haben diesem Gedanken schon wiederholt Ausdruck gegeben und können nur von Neuem betonen, daß das katholische Kirchenblatt noch mehr als bisher als das eigentliche Organ des Klerus der Erzdiözese betrachtet und benützt werden möge zur Besprechung pastoreller Fragen, zur Pflege und Anregung wissenschaftlicher Studien, zum gegenseitigen Austausch von Erfahrungen in Seelsorge, Schule, Vereinsleben u. s. w. Von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet, wäre freilich auch der Wunsch sehr berechtigt, daß das Kirchenblatt in keinem Pfarrhause der Erzdiöcese fehlen möge. Bis jetzt weist aber die Abonnentenliste noch manche diesbezügliche Lücke auf. Was nun die Einführung des neuen Diöcesangesangbuches betrifft, woran obengenannter Artikel anknüpfte, so dürfte es für jeden katholischen Priester klar sein, daß diese mit der Publikation des Erzbischöflichen Hirtenschreibens aus dem Stadium der „Frage" und „Diskussion" herausgetreten und allgemein verpflichtendes Diöcesangesetz geworden ist. Die Stimmen der Kritik und die Urtheile der Sachverständigen hatten ihre Bedeutung für die Entscheidung der Kirchenbehörde und sind nicht unberücksichtigt geblieben; nachdem die Entscheidung aber erflossen, und zwar in einer Form, bei welcher der Oberhirte der Erzdiöcese das volle Gewicht seines bischöflichen Wortes einlegte, kann für den katholischen Klerus nur noch die Frage nach der besten Art und Weise der Einführung zur Diskussion stehen. Wie das Hirtenschreiben bezeugt, verhehlt sich der Oberhirte die dabei entstehenden Schwierigkeiten nicht; und wenn auch dafür bereits allgemeine Normen gegeben und weitere in Aussicht gestellt sind, so ist es doch dessen ausgesprochener Wille, daß die wichtige Angelegenheit durch den Klerus in Konferenzen besprochen und durch einen mit Klugheit gepaarten Eifer ein möglichst gleichmäßiges und einmüthiges Vorgehen erzielt wird. Allgemein beachtenswerthe Vorschläge und begründete Wünsche werden sicher hierbei zum Vortrag kommen; es dürfte sich jedoch empfehlen, dieselben, statt sie in der Presse zu diskutiren, dem hochwürdigen Ordinariate als Material für die nach zu erlassenden Instruktionen zu unterbreiten.

Badischer Landtag.

⊕ **Karlsruhe,** 21. März.

51. öffentliche Sitzung der 2. Kammer. (Schluß.)

Betriebsdirektor Schupp gibt zu, daß die Pause zwischen den um 2 und 7 Uhr Nachmittags in Offenburg nach dem Oberland abgehenden Zügen groß ist; es lägen aber eisenbahntechnische Hindernisse im Wege, die nicht zu beseitigen seien. Uebrigens fielen zwei Schnellzüge in diese Pause, welche den Verkehr der größeren Orte mit einander verbinde; überhaupt kursire auf dieser Strecke eine solche Anzahl von Zügen, daß man schon verwöhnt sein müsse, wenn diese nicht genügten. Bezüglich des Anhaltens des Abendzuges glaube er, daß das Einsteigen nicht nothwendig sei. Die Beschwerden der Fahrkartenkontrolle erkenne er an, allein es könne da nur durch ein ganz anderes System, nämlich durch Abschluß der Bahnhöfe, Abhilfe geschehen. In Preußen gehe man in dieser Richtung voran und man werde in Baden schließlich folgen müssen, obgleich auch dieses System seine Schwierigkeiten habe. Die Aufschriften an den Bahnhöfen seien in neuerer Zeit verbessert worden. Eine Späterlegung des Bruchsaler Theaterzuges stoße ebenfalls auf technische Schwierigkeiten, die Frage solle jedoch erwogen werden. Es sei richtig, daß verschiedene Schwarzwaldzüge in Offenburg an die oberländer Züge keinen Anschluß hätten; aber auch das rühre von technischen Schwierigkeiten her, eine Richtung müsse Noth leiden. Bezüglich des Wunsches des Abg. Pfefferle, wegen Weiterführung der Lokalzüge bis Herbolzheim, müsse er bemerken, daß der Lokalverkehr nur in der Nähe großer Städte und auf eine gewisse Strecke von Vortheil sei; wenn man die Züge bis Herbolzheim führe, käme nächstens auch Orschweier und Dinglingen und verlange die Lokalzüge.

Abg. Hug: Es sei die Reform des Personentarifs zum Gegenstand der Diskussion gemacht worden; dies veranlasse ihn, seine Stellung zu diesem Problem in Kürze zu erläutern. Nach seinen Erfahrungen gehen manche Reformer bei ihren Vorschlägen von drei Fundamentalsätzen aus. Erstens, es herrsche bei dem jetzigen Tarifsystem eine ungenügende Ausnützung des Fahrmaterials, insbesondere der Personenwagen, zweitens, es sei eine stärkere Benützung der Eisenbahnen möglich ohne Mehrausgabe, und drittens, es könne durch eine zweckmäßige Herabsetzung des Personentarifs eine stärkere Benützung der Eisenbahnen ohne finanzielle Einbuße herbeigeführt werden. Was den ersten Satz anbelange, so sei durch die Statistik des Reichseisenbahnamts nachgewiesen, daß die Ausnützung der Personenwagen bei den Eisenbahnverwaltungen des deutschen Reiches im Durchschnitt nur 25 pCt. betrage. Dieser durchschnittliche Prozentsatz sei die Diagonale aus den verschiedenartigsten Fällen. Es gebe Eisenbahnzüge mit einer Ausnützung des Wagenraums bis zu 95 und 100 pCt. und solche, bei denen nur wenige Prozente der Sitzplätze besetzt werden. Ein Vorwurf wegen Verschwendung des Fahrmaterials könne der Eisenbahnverwaltung nicht gemacht werden, weil ihr die Pflicht obliege, für Befriedigung des jeweiligen Maximalbedürfnisses Sorge zu tragen. Der zweite Satz habe innerhalb bestimmter Grenzen seine volle Richtigkeit, allein wenn eine stärkere, durch Herabsetzung der Personentarife verursachte Benützung der Eisenbahnen eintrete, so mache sich die vermehrte Frequenz nicht bloß bei den schwachbesetzten Zügen, sondern auch bei den sehr stark benützten Fahrgelegenheiten geltend, und bewirke, daß das bisherige Fahrmaterial nicht ausreiche, daß somit neue Wagen angeschafft, zahlreicheres Personal angestellt und eventuell auch neue Bauten, z. B. Bahnhoferweiterungen, ausgeführt werden müßten. Ob der dritte Satz endlich richtig sei, scheine in hohem Grade fraglich. Der Abg. v. Stauffenberg habe sich im Reichstag dahin ausgesprochen, daß bei einer Tarifreform wohl eine Ausnützung der Sitzplätze bis zu 50 pCt. in Aussicht genommen werden könne, er habe aber nicht angegeben, in welchem Verhältniß der gegenwärtige Personentarif ermäßigt werden müsse, um die Wirkung einer Benützung der Personenwagen bis zu 50 pCt. des Signumes ohne finanziellen Verlust auszuüben. Vom volkswirthschaftlichen Standpunkt aus stehe Redner einer Tarifermäßigung sympathisch gegenüber, aber vom finanziellen Standpunkt aus sei er mit der vorsichtigen Sprache des Kommissionsberichtes ganz einverstanden. Er befürchte, daß eine Herabsetzung des Personentarifs unsere Eisenbahnrente schmälere. Redner benütze die ihm durch die Generaldebatte gebotene Gelegenheit, um noch einzelne Wünsche auszusprechen. Auch ihm sei eine Zuschrift der Handelskammer in Lahr zugekommen, womit er ersucht werde, die schon von dem Herrn Abg. Schlosser beantragten Aenderungen des Fahrtenplanes zu unterstützen. Indem er diesem Ansuchen nachkomme, bitte er großh. Regierung, die Vorschläge wohlwollend zu prüfen und wenn möglich zu berücksichtigen. Ferner mache er auf das Ettenheimer Lokalbahnprojekt aufmerksam. Zu seiner großen Freude habe der letzte Landtag noch vor Schluß der Session zur Ausführung dieser Lokalbahn eine Subvention von 120,000 M. aus der Staatskasse bewilligt. Leider sei diese Unterstützung nicht genügend, es habe sich ein Unternehmer bei dieser Subvention nicht finden lassen. Wie dem Redner bekannt, habe sich der Stadtgemeinderath von Ettenheim an großh. Regierung gewandt mit der Bitte, einen höheren Staatszuschuß zu erwirken. Er empfehle diese Bitte auf's Wärmste dem Wohlwollen der großh. Regierung; eine Erhöhung des Beitrags sei auch vom Standpunkt der Billigkeit aus begründet, indem die Subvention für die Ettenheimer Lokalbahn nur 7500 M. per Kilom. betrage, während zur Unterstützung anderer Lokalbahnen Beiträge von 20,000 M. und mehr per Kilom. gewährt worden seien.

Generaldirektor Eisenlohr erklärt sich mit den Ausführungen des Abg. Hug über die Reform des Personentarifs einverstanden. Die großh. Regierung habe sich bezüglich der Herabsetzung der Personentarife zwar nicht durchaus ablehnend verhalten; allein ein Bedürfniß habe sie nicht empfunden. Ueberhaupt seien in der Personentariffrage ja schon ganz bedeutende Reformen vorgenommen worden, wie z. B. durch die Lokalzüge, Arbeiter-Wochenbillete, bei denen noch nicht ein Pfennig pro Kilometer bezahlt werde. Der Hinweis auf die glänzenden Resultate in Ungarn könne für uns nicht maßgebend sein, da dort die Verhältnisse eben andere seien. Einen Lokalverkehr habe man früher dort gar nicht gehabt, der sei durch die neue Reform erst eingeführt worden. In Oesterreich aber mache sich schon ein Gefühl der Unsicherheit bemerkbar. Vorerst müßten wir also abwarten. Dem Abgeordneten Muser gegenüber müsse er betonen, daß auch Regierung und Generaldirektion ein warmes Herz für die Beamten habe. Er freue sich aber, wenn noch eine weitere Entlastung der Beamten und eine Besserung ihrer Lage herbeigeführt werden könne. Die Lohnsätze der ständigen Arbeiter bewegen sich zwischen 2 M., 2. M. 20 Pfg. bis 5 M. und der Durchschnittssatz betrage ungefähr 2½ bis 3 M. Die Verwaltung richte ihre Löhne eben nach den ortsüblichen Lohnsätzen ein und habe noch nie über Personalmangel zu klagen gehabt.

Abg. Kirchenbauer wünscht, daß verschiedene Nachmittagszüge auch auf der Station Untergrombach anhalten sollen. Die betreffenden Züge halten an allen Stationen von Basel bis Untergrombach und er sehe nicht ein, warum gerade an dieser Station diese Züge nicht anhalten.

Abg. Birkenmayer: Im Kommissionsbericht seien zwar verschiedene Anliegen und Beschwerden der Beamten enthalten, allein das nehme doch dem Abgeordneten nicht das Recht, darüber zu sprechen. Auch er habe verschiedene Einzelheiten vorzubringen. Was die Arbeitslöhne betreffe, so wolle er nicht sagen, daß sie überall zu gering seien, wenn aber ein Arbeiter sein ganzes Leben im Dienste der Bahn stehe, so solle in den späteren Jahren der Lohn doch etwas erhöht werden. Das berühre die Leute sehr empfindlich. Das warme Herz der Verwaltung stehe theilweise auf einer ziemlich niederen Temperatur. Weiter werde auch über die Fahrgebühren geklagt, die je nach Rang der verschiedenen Beamten verschieden seien. Dieselben seien kein Gehalt, sondern Entschädigung für die Auslagen und sollten deßhalb gleich sein; einem Bremser koste das Bier und die Wurst gerade so viel, wie einem Zugmeister, trotzdem erhalte er weniger Entschädigung. In der Schweiz sei die Arbeitskraft der Bahnbediensteten viel geringer und die Arbeitszeit viel kürzer als bei uns. Das errege insbesondere auf den Uebergangsstationen bei unseren Leuten böses Blut. Auch hätten die Schweizer viel mehr freie Tage, nämlich alle sieben Tage einen, während bei uns Monate darüber vergingen. Hinsichtlich der Sonntagsruhe habe die Verwaltung zwar eine Besserung eintreten lassen, allein sie sei immer noch nicht ausreichend. Redner schildert verschiedene specielle Mißstände und kommt dann auf die Abstempelung der Fahrkarten auf Zwischenstationen bei Fahrtunterbrechungen zu sprechen. Der Zweck dieser zeitraubenden und lästigen Einrichtung sei ihm noch nicht klar geworden.

Abg. Venedey bittet um Verlegung eines Morgenzuges zwischen Konstanz und Waldshut; überhaupt werde diese Strecke etwas stiefmütterlich behandelt; sie werde weder von einem Schnellzug noch von einem Nachtzug befahren. Auch sei er dafür, daß im Interesse der arbeitenden Bevölkerung und der ärmeren Leute überhaupt sog. Sonntagsvergnügungszüge geführt würden.

Abg. v. Buol: Gestatten Sie mir die Frage der sog. Sonntagsruhe zu erörtern. Ich sage sog. Sonntagsruhe, weil diese nur einen speziellen, mir allerdings sehr wesentlich scheinenden Theil der weit umfassenderen Frage der Regelung der gewerblichen Arbeitszeit bildet. — Sie erinnern sich, daß ich mir beim Beginn des Landtags mit meinen Freunden eine Interpellation in dieser Frage an die Großh. Regierung zu richten erlaubt habe. Es geschah dies einerseits, um die Wichtigkeit, die wir dieser Frage beilegen, zu erkennen zu geben, andererseits um dieselbe nicht immer wieder bei jedem Ressortbudget vorbringen zu müssen. Hier beim Budget des Eisenbahnbetriebes ist die Frage aber von ganz besonderem Gewichte, überdies sind wir hier autonom, während die Regelung der gewerblichen Arbeitszeit im Uebrigen der Reichsgesetzgebung untersteht. Die Antwort auf jene Interpellation, soweit sie das Eisenbahnwesen betraf, hat mich wenig befriedigt; es leuchteten gar zu viele Schwierigkeiten und Hindernisse aus derselben heraus. Um so angenehmer war ich von dem vorliegenden Bericht der Budgetkommission berührt, weil er diese Frage so gründlich und systematisch anfaßt, den der Großh. Regierung gegenüber ausgesprochenen Erwartungen den wünschenswerthen Nachdruck verleiht und betont, daß man vor den mit der Erleichterung der Bediensteten und Arbeiter durch Einstellung von Aushilfe nothwendig verbundenen Kosten nicht zurückschrecke. Ich glaube mich mit diesen Ausführungen des Berichts auch im Namen meiner Freunde ausdrücklich einverstanden erklären zu sollen. Ich lege insbesondere der offenen Gegenüberstellung der Dinge, wie sie in der Schweiz und wie sie bei uns sind, um deßwillen großen Werth bei, weil ich dafür halte, daß die Erkenntniß eines Uebels der erste Schritt zur Besserung sei und weil diese Darlegung uns eine geeignete Basis zur Vergleichung für künftighin gibt. Hoffen wir, daß schon der nächste Landtag schöne Fortschritte zu verzeichnen haben werde. — Ich muß das Vorgehen der Schweiz als ein hochanerkennenswerthes bezeichnen, um so mehr, als dasselbe gerade auf dem Verkehrgebiet bei der Nähe ihrer Landesgrenzen nicht nur nicht leichter, wie allerdings vielleicht auf manch' anderem Gebiete des Arbeiterschutzes war, als in größeren Staaten, sondern zweifellos schwieriger. Die schweizerischen Verhältnisse wirken für uns um so eigenthümlicher, als sie für die auf Schweizer Boden befindlichen Bahnstrecken zwangsweise bereits Besserung der Verhältnisse auch für badische Unterthanen gebracht haben. Unter allen Umständen sind sie für uns ein ermuthigendes Beispiel. — Es ist mir bei der früheren Erörterung dieser Frage entgegengehalten worden, daß nur mit Vorsicht Schritt für Schritt vorgegangen werden könne, indem das Vorgehen sich als zweischneidiges Schwert darstelle; insbesondere sei die Einführung des englischen Sonntags nicht wünschenswerth. Daran hat aber Niemand von uns gedacht; wir wollen den Sonntag in erster Reihe der Ausübung der religiösen Pflichten, sodann der Erholung und Kräftigung zu neuer Arbeit, aber auch dem erlaubten, heiteren Lebensgenuß gewidmet wissen und ich habe deßhalb auch nichts gegen Einlegung von Vergnügungszügen an Sonntagen einzuwenden, wenn es mit Vorsicht und weisem Maßhalten geschieht. Auch wir wollen, daß bei den Veränderungen in Beschränkung insbesondere des Güterverkehrs an Sonntagen Schritt für Schritt vorgegangen werde. Gerade weil auf diesem Gebiet gar manchfache örtliche Rücksichten zu nehmen sind, ist die Frage nicht reichsgesetzlich geregelt, sondern den Einzelstaaten überlassen worden; man ist dabei aber von der Ansicht ausgegangen, daß dem Staat in erster Reihe obliege, den Privatgewerbetreibenden mit gutem Beispiele voranzugehen. Es wird der Gr. Regierung sicher nicht schwer fallen, sich mit den Nachbarstaaten zu verständigen, zumal ich heute erst gelesen habe, daß Bayern den Ständen eine Vorlage in Betreff der Sonntagsruhe im Verkehrswesen gemacht hat. Ich will auf die Einzelheiten des Berichts, wie z. B. daß in der Schweiz der Bedienstete 52 freie Tage im Jahr, darunter mindestens 17 Sonntage, bei uns aber durchschnittlich nur 6—8 Sonntage und ungefähr alle 10 Tage einen freien Tag hat, nicht weiter eingehen, sondern mit dem Wunsche schließen, daß die Ausführungen des Berichts veröffentlicht werden mögen, was sicherlich zur Beruhigung dienen wird. Die öffentliche Meinung wird gewiß die beste Hüterin der Ausführung des Angestrebten sein.

Abg. Muser polemisirt gegen den Abg. Wilckens. Er wird sich auch in Zukunft die Freiheit herausnehmen, ohne Rücksicht auf das, was im Kommissionsbericht stehe, seine Wünsche und Beschwerden hier vorzutragen. Uebrigens komme es in diesem Hause häufig vor, daß Berichterstatter das, was im Bericht stehe, in Form einer Rede nochmals vortragen, ohne auf den Bericht zu verweisen. Auch sei in diesem die Sache nicht so ausführlich behandelt, wie er es gethan.

Abg. Gönner hält die Entgegnung des Berichterstatters Wilckens gegen die Ausführungen Muser's für vollständig berechtigt. Hätte sich Wilckens nicht zwischen hinein das Wort ertheilen lassen, und erst am Schluß seine Rede gehalten, so wäre er nach Gepflogenheit unserer Presse mit der kurzen Phrase abgethan worden „Nach einem Schlußwort des Berichterstatters 2c." und von all' dem, was er gesagt hätte, wäre nichts in die Oeffentlichkeit gekommen. Bei unseren sich stets mehrenden Eisenbahnausgaben, den gesteigerten Anforderungen müsse man auf eine sichere Einnahme rechnen können, wie sie uns z. Z. durch unser jetziges Tarifsystem geboten sei, und dürfe nicht gewagte Experimentirungen vornehmen, wie Herr Abg. Heimburger es wolle. Gegen die Abschließung der Bahnhöfe wegen einer veränderten Billetkontrole, müsse er heute schon Verwahrung einlegen. Diese werde sich dem Publikum viel empfindlicher fühlbar machen, als die Belästigungen durch den Schaffner während der Fahrt. Ein anderer Umstand, der abgestellt werden sollte, sei der, daß Bahnbedienstete Reisende, nachdem sie einmal vorschriftswidrig auf einen in Bewegung gesetzten Waggon gesprungen, wieder gewaltsam herunterzerren und dadurch die Situation erst recht gefährlich machen; deßhalb sollte man in solchen Fällen die Leute mitfahren lassen und reglementmäßig strafen. Zum Schluß ersucht er die Regierung, dafür Sorge tragen zu wollen, daß der Eisenbahnbetrieb, insbesondere in und in der Nähe der Städte etwas geräuschloser vor sich gehe, die Signale vermindert und vereinfacht würden 2c.

Abg. Fieser kommt auf die Tarifreform zu sprechen und betont insbesondere die finanzielle Seite derselben. In einer Zeit, wo sich die Ausgaben für die Bahnen täglich mehren und der wirthschaftliche Niedergang die Einnahmen überhaupt gefährte, wo große Vervollständigungen des Betriebsmaterials nöthig fielen, die vielen Bahnbeamten und Bediensteten aufgebessert und vermehrt werden sollten und noch verschiedene unrentable Bahnen gebaut werden müßten, könne ein Sprung in's Dunkle, wie ihn die Tarifreform involvire, sehr gefährlich werden; nicht blos das Gleichgewicht unseres Eisenbahn- sondern auch des allgemeinen Budgets werde dadurch bedroht. Zum Schluß befürwortet er die vom Abg. Hug angeregte Erhöhung des Zuschusses der Ettenheimer Lokalbahn. Im Ausbau der in volkswirthschaftlicher Hinsicht nothwendig erscheinenden Bahnstrecken und Lokalbahnen, sowie in der Regelung der Dienstverhältnisse der Bahnbeamten könnten wir nicht zurückbleiben, selbst wenn die Steuerermäßigung dadurch möglich würde.

Abg. Strübe wünscht, daß diejenigen Viehverladerampen, die bis jetzt noch ohne Geländer seien, mit solchen versehen würden, damit das Verladen von Vieh gefahrloser ausgeführt werden könne.

Abg. Heimburger vertheidigt nochmals seine Ansichten über die Tarifreform; daß Baden dieselbe allein einführen solle, habe er nicht gesagt; Mindereinnahmen befürchte er auch nicht. Hinsichtlich des Staatszuschusses zur Ettenheimer Lokalbahn meint Redner, andere Gemeinden der Nachbarschaft seien damit herzlich zufrieden.

Abg. Wacker: So lange wir nicht überzeugt seien, daß alle Besorgnisse hinsichtlich der Einführung der Tarifreform unbegründet seien, müßten wir mit größter Vorsicht zu Werke gehen; so lange werde auch er anderer Ansicht sein, als der Abg. Heimburger. Der Regierung

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

selbst aber könne es nur erwünscht sein, wenn sie von allen Seiten des Hauses die Ansichten über diese hochwichtige Sache zu hören bekäme. Nach den sehr ausführlichen Darlegungen des Abg. Fieser, die sehr zutreffend waren, könne er sich kurz fassen. Er stimme aber noch weiter auch darin mit Fieser überein, daß wir trotz der Belastung des Eisenbahnbudgets noch verschiedene Eisenbahnschmerzen, insbesondere im Oberland, zu befriedigen hätten und den Bau weiterer Lokalbahnen nach Möglichkeit fördern müßten. Daneben erscheine es geradezu als eine Forderung der Gerechtigkeit, der Ueberlastung eines großen Theiles unseres Eisenbahnpersonals allmälig zu steuern. Der Kommissionsbericht habe erfreulicher Weise darauf schon Rücksicht genommen, überhaupt sei er mit großer Sorgfalt und Sachkenntniß ausgearbeitet, was er hiermit auch seinerseits dankbar anerkenne. Jedermann, der mit dem Eisenbahndienst einigermaßen vertraut sei, müsse sich sagen, hier muß Abhilfe geschaffen werden und zwar möglichst gründlich, wenn auch nicht von heute auf morgen. Die Berücksichtigung des Bahnpersonals trete ungleich mehr in den Vordergrund als die Rücksicht auf das die Bahn benützende Publikum. Eine solche Verantwortung, wie sie das Bahnpersonal zu tragen habe, laste auf keinem anderen Staatsbeamten; das Gleiche gelte von der Art der Verantwortung. Erst wenn man einmal einer Gerichtsverhandlung wegen eines Eisenbahnunglückes anwohne, bekomme man einen Begriff davon. Die Bezahlung stehe dazu in gar keinem Verhältniß. Deshalb dürfte auch diese etwas anders geordnet sein. Keine Taglöhnerklasse trage die Verantwortung, die von den nach Behandlung und Bezahlung nicht über die Taglöhner hinausragenden Bahnarbeitern verlangt werde. Die Ansprüche, die das reisende Publikum an das Bahn- und insbesondere an das Zugspersonal stelle, seien sehr groß und man könne dabei oft bemerken, daß gar manche Reisende II. Klasse an Bildung den Schaffnern und Zugmeistern bedeutend nachstehen. Wie keine andere Beamtenklasse bringe das Bahnpersonal große und schwere persönliche Opfer. Kein anderer Stand sei faktisch so mit Arbeit überbürdet, kein anderer so oft und so lange dem Kreise, wo der Mann sich am liebsten aufhalte und aufhalten solle, der Familie, entzogen. Bei der Frage, ob und wo die Gehalte aufzubessern seien, müßten diese sehr wichtige Gesichtspunkte auch berücksichtigt werden. Redner kommt sodann auf den Lokalbahnverkehr zu sprechen und drückt der Eisenbahnverwaltung seine Anerkennung aus für das, was sie auf diesem Gebiete geschaffen, insbesondere auf den Strecken Freiburg-Emmendingen und Freiburg-Waldkirch; er glaube auch, daß sie ihre Rechnung dabei finde. Die Tarifsätze dieser Lokalzüge seien äußerst günstig, die Zahl der Züge eine ungemein große. Trotzdem müsse er einen, wenn auch nur einen bedingten Wunsch zum Ausdruck bringen, nämlich bezüglich der Vertheilung dieser Züge. Im Ganzen laufen 11 Züge hin und 11 Züge her, davon ft 8 Nachmittags und nur 3 Vormittags. Er bitte deshalb, einen der Nachmittagszüge auf den Vormittag zu verlegen.

Abg. Keller wünscht, daß der Zug Nr. 68 in Untergrombach halte.

Abg. Gesell kommt auf die Frage der mitteleuropäischen Einheitszeit zu sprechen und macht auf die Mißhelligkeiten aufmerksam, die mit dem 1. April 1892 entstehen werden, wenn die Eisenbahnen die alte Zeitbestimmung beibehalten, d. h. die Abgangszeiten um 26 Minuten nachgehen, während im bürgerlichen Leben die neue Zeiteintheilung eingeführt wird. Die Regierung möge deßhalb wenigstens den Kurs der Arbeiterzüge so legen, daß die Arbeiter rechtzeitig am Fabrikort eintreffen und nicht eine halbe Stunde später.

Generaldirektor Eisenlohr erwidert, die Bahnverwaltung habe sich nicht für befugt gehalten, ihrerseits durch ein Eingreifen in diese Frage die Entscheidung nach der einen oder anderen Richtung hin zu beeinflussen, auch habe sie sich wegen der Einlage der den Fahrplan bedingenden Hauptzüge resp. durchgehenden Züge, nach den anderen Staaten richten müssen.

Abg. Wilckens ist mit dieser Antwort nicht ganz zufrieden. Im bürgerlichen Leben sei man nicht gewohnt, mit halben Stunden zu rechnen. Die Arbeit werde jetzt gerade so wie früher eben um 7 oder 8 Uhr beginnen und um 12 Uhr aufhören.

Abg. Wittum. Jeder, der schon auf fremden Bahnen gereist sei, müsse zugeben, daß die badischen Bahnen jeden Vergleich aushalten können und mit zu den besten Bahnen Europas gehören. Mit der Kritik müsse man deßhalb sehr vorsichtig sein. Das schließe aber nicht aus, daß noch mancher Wunsch erfüllt, noch manche Verbesserung getroffen werden müsse. So fahre in Karlsruhe der Pforzheimer Zug bald am 2. Perron, bald unten am 1. Perron ab, weßhalb sich der Reisende immer erst erkundigen müsse, wo diesmal der Zug stehe. Das solle durch eine Tafel in Zukunft angezeigt sein. Ferner möchte auch er beim Betrieb weniger „gewissen" haben. Bei Besprechung der Beschwerden und Ueberlastungen der Bahnbedienssteten, sei man heute etwas unvorsichtig gewesen. Das Haus wisse ja, daß da und dort Abhilfe zu schaffen sei und werde sie auch nach Möglichkeit schaffen. Solche Erörterungen hätten aber nicht selten Diensterschlaffung zur Folge und die Leute würden sagen, wie ihm einmal ein Jurist gesagt habe: „Für diese Bezahlung kann ich nicht wenig genug arbeiten". Deßhalb solle man mit solchen Erörterungen vorsichtiger sein und womöglich sie auf die Kommission beschränken.

Abg. Schumann will, daß der Morgenzug, welcher die auswärtigen Bürgerschüler nach Mosbach bringt, etwas früher gelegt werde.

Abg. Birkenmayer begründet nochmals seinen Standpunkt in der Polemik Vieser-Wilckens und nimmt die Juristen gegen die Aeußerung des Abg. Wittum in Schutz. Wenn ein Jurist wirklich so gesprochen, so sei es sicher ein schlechter Witz gewesen; die Juristen seien so pflichttreu und gewissenhaft wie die anderen Beamten. Die Zugssignale möchte er der „Nervosität" halber nicht so vermindert und verkürzt haben, daß die Betriebssicherheit dadurch leide.

Nach einem Schlußwort des Berichterstatters Wilckens wird die Diskussion um 1¼ Uhr geschlossen.

Nächste Sitzung Donnerstag 9 Uhr.

Tagesordnung: Fortsetzung der Berathung des Berichts der Budgetkommission über das Budget der a. Eisenbahnbetriebsverwaltung, b. Bodenseedampfschifffahrtsverwaltung, c. über den Antheil am Reinertrag der Main-Neckar-Eisenbahn für die Jahre 1892 und 1893. Berichterstatter Abg. Wilckens.

Kleine badische Chronik.

P. **Karlsruhe,** 22. März. (Zollvorschriften für die Durchfuhr von Gütern durch Rumänien.) Nach Mittheilung der Generaldirektion der Rumänischen Eisenbahnen hat die rumänische Zollverwaltung zu statistischen Zwecken mit Wirkung vom 13. März d. J. ab angeordnet, daß für alle zur Durchfuhr durch Rumänien bestimmten Sendungen in den Begleitpapieren der Werth und das Land der Bestimmung angegeben sein muß; diese Angaben können auch auf der Rückseite des Frachtbriefes durch einfache Anmerkung unter dem Beisatz „ohne Verbindlichkeit für die Eisenbahn" gegeben werden. Jede Sendung, bei welcher die vorgenannte Bedingung nicht erfüllt ist, wird von obigem Datum ab vom rumänischen Zoll zurückgewiesen und auf der Grenzstation bis zur Beibringung des verlangten Nachweises auf dem Korrespondenzwege auf Kosten und Gefahr des Versenders zurückgehalten werden.

B. **Karlsruhe,** 21. März. Der Verein der Finanzassistenten im Großherzogthum Baden hat gestern dahier seine diesjährige Generalversammlung abgehalten, die aus allen Theilen des Landes äußerst zahlreich besucht war und ein schönes Zeugniß für die Einigkeit und Kollegialität, die in dem Verein herrscht, ablegte. Die einzelnen Punkte der Tagesordnung wurden fast durchweg mit Einstimmigkeit zur Erledigung gebracht. Der Verein kann auf ein geschäftsreiches, aber auch erfolgreiches Jahr zurückblicken, das für die Zukunft zu den schönsten Hoffnungen berechtige. Seiner Aufgabe, die Standesinteressen seiner Mitglieder zu wahren und zu fördern, ist der Verein in hohem Maße gerecht geworden, wie er auch nach Kräften für die Weiterbildung und die Ausbildung der jüngeren Kollegen Sorge getragen und so auch die Interessen des Staates selbst fördert, indem er demselben tüchtige Beamte zuzuführen bestrebt ist. Aus dem Rechenschaftsberichte entnehmen wir, daß der Verein schon über eine stattliche Bibliothek verfügt, wofür bis jetzt schon über 800 Mk. verausgabt wurden. Die Mitgliederzahl ist auf 412 gestiegen, so daß der Verein jetzt mit wenigen Ausnahmen sämmtliche Standesgenossen umfaßt. Bei der Wahl des Gesammtvorstandes wurden die Herren Revisor Krieg als Centralvorstand, Revisor Braun, Revisionsassistent Hölischer, Oberbuchhalter Kopp, Geistl. Verwalter Lubin und Revisor Riehle als Beiräthe, sowie der Finanzassistent Greutz als Schriftführer wiedergewählt, während Herr Katasterinspektor Gaßmann aus Gesundheitsrücksichten eine Wiederwahl abgelehnt hat, und an Stelle des Kassiers, Herrn Riegel, der ebenfalls zurückgetretene Finanzassistent Glatsch zum Kassier erwählt wurde. Wegen der erheblichen Vermehrung der Mitgliederzahl hat sich auch eine Vermehrung der Beiräthe als nothwendig erwiesen, und es wurden demgemäß die Herren Revisoren Dick, Münchbach, Albicker, Steigert, Auer und Katasterkontrolassistent Schuhmann zu Beiräthen gewählt. Sodann wurde dem Centralvorstand, Herrn Krieg, für seine umsichtige und erfolgreiche Leitung des Vereins der Dank der Versammlung ausgesprochen und als Anerkennung ein künstlerisch ausgestattetes Ehrendiplom überreicht. Als Ort der nächstjährigen Generalversammlung wurde Offenburg bestimmt. Auch diese Generalversammlung hat, wie schon die vorjährige, den Beweis erbracht, daß der Finanzassistentenverein sich hohe und ideale Aufgaben gestellt hat, und daß er in seinen Bestrebungen begeisterte Unterstützung seiner Mitglieder findet. Möge daher der Verein auf der betretenen Bahn weiterwandeln, im Interesse des Staates wie auch zum Wohle der Mitglieder. Der Erfolg kann nicht ausbleiben.

Karlsruhe, 20. März. Ueber die beabsichtigte Erhöhung der Fahrgeschwindigkeit auf den badischen Bahnen ist neuerdings wieder in der Budgetkommission der zweiten Kammer gesprochen worden. Es besteht hiernach die Absicht, zunächst bei einem Schnellzug in jeder Richtung auf der Strecke Mannheim-Basel mit Geschwindigkeit bis zu 90 Kilometer in der Stunde zu fahren. Zu diesem Zwecke ist eine Verstärkung des Oberbaues erforderlich, wozu 30,000 Mark genehmigt worden sind. Dieselbe ist schon im letzten Jahre in Angriff genommen worden und soll bis 1. Mai auf der Linie Mannheim-Heidelberg-Basel fertiggestellt sein. Im Wesentlichen bestehen die betreffenden Aenderungen darin, daß stärkere Schwellen zur Verwendung kommen und die Verbindung der Schwellen unter sich und mit den Schienen verbessert wird. Die Verstärkung des Oberbaues hat aber nicht blos die Folge, daß die Fahrgeschwindigkeiten, die seither bis zu 75 Kilometer per Stunde betragen, bis zu 85—90 Kilometer in dem gleichen Zeitraume erhöht werden können, ohne daß dadurch die Betriebssicherheit Noth leidet, sondern sie dürfte namentlich auch bewirken, daß in Zukunft besser gefahren wird, als bisher. Insbesondere wird durch größere Solidität des Oberbaues in Verbindung mit der Verwendung geeigneter Lokomotiven ein ruhiger, gleichmäßigerer Gang der Eisenbahnfahrzeuge erreicht werden, was für die Annehmlichkeit und Bequemlichkeit des Reisens von großem Belange ist. Die Budgetkommission hat sich deßhalb mit den auf diesem Gebiete beabsichtigten Maßnahmen bereitwilligst einverstanden erklärt.

☐ **Freiburg,** 21. März. Die von Seiten der Münsterbaulotterie bewerkstelligte Verloosung von Kunstwerthen, die neulich hier ausgestellt waren, haben vielfach die irrige Meinung erweckt, als ob die Gewinne der Münsterbaulotterie lediglich aus Kunst- und kunstgewerblichen Gegenständen beständen. Allein der an sich wohl bedeutende Werth dieser Sachen im Gesammtbetrage von 45,000 Mark bildet nur etwa den sechsten Theil der übrigen nur aus Geldloosen, darunter Einzelposten von 1000 bis 50,000 M., bestehenden Gewinne im Gesammtbetrage von 215,000 M. Die Ziehung dieser bedeutenden Geld- und Kunstwerthgewinne findet schon am 6. und 7. April d. J. statt. Die zahlreichen Freunde der Wiederherstellung und Freilegung unserer prächtigen Domkirche werden mit Befriedigung vernehmen, daß der Loosverkauf in der letzten Zeit einen stärkeren Umsatz erhalten und der Ziehungstermin nicht verschoben werden wird.

Vermischte Nachrichten.

** **Kassel,** 22. März. In der Stadt Immenhausen äscherte eine Feuersbrunst insgesammt 60 Wohnhäuser mit 40 Nebengebäuden ein. Viel Vieh ist verbrannt. Das Feuer brach um Mitternacht aus. Heute früh wurde die Feuerwehr von Kassel requirirt, später auch Militär von Kassel. Die Weiterverbreitung des Feuers wurde durch diese Hilfskräfte verhindert.

Großherzogliches Hoftheater.

R. **Karlsruhe,** 25. März.

Frau Franziska Ellmenreich, welche gestern Abend als „Fedora" in Sardou's gleichnamigem Schauspiele zum ersten Male hier auftrat, hat, wie das eigentlich bei einer Künstlerin von ihrem Rufe selbstverständlich ist, einen großen Erfolg errungen; sie gab die ebenso leidenschaftlich liebende wie hassende russische Fürstin in vollendeter Weise, hinreißend durch die Naturwahrheit dieser stellenweise dämonischen Regungen und Bewunderung einflößend durch die feine sorgsame Durcharbeitung aller Details. Diese „Fedora", wie sie gestern vor uns trat, machte an sich glauben, sie war natürlich, stets und überall, als feine vornehme Dame sowohl, wie als leidenschaftliches Weib. Das trat um so mehr hervor, als die übrigen Darsteller diese Wahrheit, diese Natürlichkeit hin und wieder vermissen ließen. Freilich ist es auch schwer für deutsche Schauspieler französische Salonlöwen darzustellen. Das machte sich bei Herrn Bassermann als „Attaché de Siriex" und bei Herrn Brehm als „Rouvel" geltend. Auch Frl. Schwendemann als blasirte „Gräfin Sukareff" wußte den rechten Ton nicht zu treffen. Gut waren dagegen die russischen Typen des Kutschers und Portiers und Herr Höcker als „Ipanoff" errang sich sogar neben dem berühmten Gaste die volle Anerkennung des Publikums. Die folgenden Rollen von Frau Ellmenreich als „Adelheid" in Freytag's „Journalisten" und als „Donna Diana" versprechen ebenso interessant zu werden wie ihre gestrige „Fedora".

Lokales.

Karlsruhe, 25. März.

⊙ **Strafkammer.** Sitzung der Strafkammer III vom 16. März unter dem Vorsitze des Landgerichtsdirektor Rauch. 1. Angeklagt wegen Sittlichkeitsverbrechens im Sinne des § 176 Ziffer 3 St.-G.-B. ist der im Jahre 1829 zu Breitenbach bei Münster geborene, z. Zt. in Baden wohnhafte Bandsäger Daniel Eckert. Das Urtheil lautete auf 2 Jahre 6 Monate Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust. 2. Wegen des gleichen Verbrechens hat sich der 16 Jahre alte Heinrich Hemberger von Rothenfels, Taglöhner in Kuppenheim zu verantworten. In diesem Falle wurde auf eine Gefängnißstrafe von 8 Monaten erkannt. 3. Der schon vorbestrafte 26 Jahre alte Landwirth Emil Jörger von Baden soll am 6. Dezember v. J. von einem Sandhaufen, welcher der Stadtgemeinde Baden gehörte, zwei Kisten voll Sand im Werthe von 2 Mark entwendet haben. Der Gerichtshof erkannte hier auf Freisprechung, dagegen verurtheilte er ihn zu 4 Monate Gefängniß, weil er seinem Onkel, dem Karl Jörger in Baden, vor zwei Jahren eine Stechschaufel und im November v. J. ein Güllenfaß gestohlen hatte. 4. Am 15. Februar hat der 25 Jahre alte, schon vorbestrafte Brauburſche Franz Xaver Klingler von Ettenheim dem Brauburschen Josef Lorenz aus dessen verschlossenen Koffer, den er gewaltsam geöffnet, ein Zehnmarkstück gestohlen. Der Angeklagte war mit Lorenz in der Brauerei Streib in Rastatt beschäftigt. Urtheil: 1 Jahr 7 Monate Gefängniß und 3 Jahre Ehrverlust.

Sitzung der Strafkammer I vom 17. März unter dem Vorsitze des Landgerichtsrath Zentner. Ueber die beiden ersten Fälle, die in dieser Sitzung abgeurtheilt worden waren, die Anklage gegen Karl Benz wegen Diebstahls und Kaufmann Karl Lindörfer wegen Urkundenfälschung, Betrugs und Bankerutts haben wir bereits berichtet. — Ein weiterer Fall, der zur Verhandlung kam, betraf die Anklage gegen den im Jahre 1865 zu Sinzingen geborenen Studenten der Rechtswissenschaft Anselm Kaier wegen Unterschlagung. Der hier wohnhafte Wirth Siebinger übergab am 10. Dezember v. J. einem gewissen Lang den Geldbetrag von 170 Mark mit dem Auftrage, denselben unter der Adresse Frank in Hüfingen auf der Post einzuzahlen. Lang führte den ihm gewordenen Auftrag jedoch nicht aus, sondern behielt das Geld für sich und brachte es in wenigen Tagen in Gemeinschaft mit Kaier, der wußte, für welchen Zweck das Geld bestimmt war, durch. Das Schöffengericht Karlsruhe, vor dem die Sache in erster Instanz zur Verhandlung kam, verurtheilte Lang zu 3 Monate und Kaier zu 2 Monate Gefängniß. Lang nahm seine Strafe an, während Kaier die Berufung einlegte, die jedoch als unbegründet verworfen wurde.

Sitzung der Strafkammer II. vom 18. März. Vorsitzender Landgerichtsdirektor Fischler. 1. In dieser Sitzung gelangte zunächst die Anklage gegen den 37 Jahre alten Betriebsinspektor Karl Stückenberg von Stade wegen fahrlässiger Tödtung zur Verhandlung. Dieser Angeklagte ist beschuldigt, daß er unter Außerachtlassung der Aufmerksamkeit, zu welcher er vermöge seines Berufes besonders verpflichtet war, in der Zuckerfabrik Waghäusel, wo er als Betriebsinspektor angestellt war, den Tod des Arbeiters Groß verursacht habe, welcher am 12. Januar Morgens gegen 6 Uhr im Raffinerieban auf ein über einem mit kochender Melasse hälftig gefüllten Kessel gelegtes Brett stieg, in den Kessel fiel und sich so verbrannte, daß er am 15. Januar Mittags starb, indem er anordnete, daß die mit der Bedienung des Kessels betrauten Arbeiter ein Brett über den Kessel legen und betreten mußten, es aber unterließ, dafür zu sorgen, daß nur ein Brett von guter Beschaffenheit verwendet und solches in einer das Bewegen und Umschnappen verhindernden Weise befestigt werde. Der Gerichtshof erkannte auf eine Gefängnißstrafe von 2 Wochen. 2. Der 35 Jahre alte Landwirth Alois Baumann von Oberhausen hatte am 10. Dezember auf dem Bürgermeisteramt Oberhausen beleidigende Aeußerungen über das Amtsgericht Philippsburg gebraucht und ferner durch ehrrührige unwahre Behauptungen den Gemeinderath und Rathschreiber von Oberhausen beleidigt. Er wird hierwegen mit 1 Monat 14 Tage Gefängniß bestraft. 3. Gegen ein Urtheil des Schöffengerichts Ettlingen hatten der 25 Jahre alte Dreher Adolf Bormann von Elberfeld, wohnhaft in Karlsruhe, und der 22 Jahre alte Dreher Heinrich Gebhardt von Offenburg, wohnhaft in Ettlingen, die Berufung eingelegt. Dieselben waren von dem genannten Gericht wegen einer in der Nacht vom 6. Dezember in Ettlingen verübten Körperverletzung zu 1 Monat Gefängniß verurtheilt worden. Die Berufung des Gebhardt wurde, da derselbe zum heutigen Termine nicht erschienen war, verworfen; die der Berufung des Bormann wurde stattgegeben und dessen Strafe auf 2 Wochen Gefängniß herabgesetzt. 4. Die Verhandlung gegen Anton Scherrer von Heidelberg wegen Beleidigung gelangte nicht zur Verhandlung. 5. Die Berufung des Handelsmann Gustav Grimmern von Michelfeld, wohnhaft in Bruchsal, den das Schöffengericht Bruchsal wegen Körperverletzung zu 15 M. Geldstrafe verurtheilt hatte, wird als unbegründet verworfen.

Tagesordnung der Strafkammer II. auf Donnerstag, den 24. März, Vormittags halb 9 Uhr: 1. Karl Streit von Mosbach und Wilhelm Vogel von Auerbach wegen Diebstahls. 2. Paul Krayer von Sandweier wegen Körperverletzung. 3. Wilhelm Speyer von Zwingenberg wegen Betrugs. 4. Bernhard Glaßle von Stuttgart und Wilhelm Pferrer von Durlanden wegen Diebstahls im wiederholten Rückfall. 5. Heinrich Spitzer von Mosbach und Ernst Oeser von Johanngeorgenstadt wegen Vergehens gegen § 137 des St.-G.-B. 6. Magdalena Schreiner von Hammelburg wegen Ruhestörung.

— **Zum Konkurs des Bankhauses Leopold Bloch** wird dem „Mannh. Anz." geschrieben: Die am schwersten Geprüften sind die Gläubiger aus italienischen Rententiteln, da sie von ihren bei Bloch theils deponirten, theils zur Einlösung neuer Papiere abgegebenen Effekten, so viel wie nichts mehr erhalten. Es sind dies, wie schon früher bemerkt, nahezu 40,000 Mk., die zum größten Theil bei der Darmstädter Bank, Filiale in Frankfurt a. M., verpfändet wurden. Wie die Berliner Bankkrache zeigten, hat man damals auch darüber gestritten, ob Gläubiger, die ihre Papiere als sogenannte offene Depots hingegeben haben, von denselben wieder etwas bekämen, da die betr. Bankiers sie veräußert hatten. Diese, wie die meisten Banken, so auch die Darmstädter Bank, stellen bei Depots Reverse aus, wonach sie zur vollständig freien Verfügung über die Papiere berechtigt seien, gleichviel, ob die Deponenten Eigenthümer der Papiere sind oder nicht. Es ist dies ein sehr schwerwiegender Moment und wohl der Mühe werth, einmal die so sehr bestrittene Rechtsfrage vor dem Reichsgericht zum Austrag zu bringen. Die Meisten der Bloch'schen Gläubiger wissen dies nicht oder scheuen sich vor den etwaigen Kosten im Falle der Abweisung. Es wäre aber sehr rathsam und im Interesse Aller, auch für die Sicherheit des Bankverkehrs von großem Nutzen, wenn sich die Gläubiger dieser ital. Rententitel zusammenstellten und versuchsweise einmal mit nur 1600 Mk. Streitwerth gegen die betr. Bank Klage führten. Geht es dann bei dem betr. Land- und Oberlandesgericht ungünstig aus, so bliebe die Revision an's Reichsgericht übrig, die nur dann ausgeführt werden kann, wenn, wie § 508 der R.-C.-P.-O. sagt, der Werth des Beschwerdegegenstandes den Betrag von 1500 Mk. übersteigt. Wenn diese Gläubiger, deren es ja viele sind, die Kosten unter sich partizipiren lassen, so fiele ungünstigen Falls auf den Einzelnen nicht Erhebliches und hätte dann Jeder die Gewißheit, Alles gethan zu haben, was zur zweckentsprechenden Rechtsverfolgung vom Gesetze geboten wird.

— **Unfall.** Gestern Vormittag gegen 12 Uhr wurde die 69jährige Wittwe Menert von Durlach vor dem Durlacherthor von einem mit Steinen beladenen Wagen überfahren. Der Unglücklichen wurde der rechte Fuß unterhalb des Knies abgeführt und der linke stark gequetscht. Sie wurde in's hiesige Spital verbracht.

— **Ein Heuschoppen** in der Rüppurrerstraße, der wiederholt Stromern als Nachtquartier diente, wurde gestern Nacht wieder unverhofft abgesucht und siehe da fünf Individuen, die daselbst logirten, wurden von der Polizei dislocirt und einer als Pfand mitgenommen.

— **Mißhandlung.** Vergangenen Samstag, Nachmittags zwischen 4 bis 5 Uhr wurde in der Kaiserallee eine Milchfrau aus Knielingen vor einer Wirthschaft von einem Manne thätlich angegriffen, zu Boden geworfen und mit Füßen auf den Unterleib getreten. Das über solche Rohheit empörte Publikum zeigte den gefühllosen Burschen der Polizei zur Bestrafung an.

— **Verhaftet.** Der Studirende A. G. wurde wegen Uebertretung der Wehrpflicht in polizeilichen Gewahrsam gebracht.

Haus- und Landwirthschaft.

= Zur Bewässerung der Wiesen. Da das Wasser im Winter und Frühjahr eine niedere Wärme als die Luft hat, während im Herbst das Umgekehrte der Fall ist, so sind Winter und Frühjahrswässerungen, zwecks Düngung, selten angezeigt, und mit um so größerer Vorsicht auszuführen, wenn nebenbei Kunstdünger gegeben werden. Um die zersetzende Wirkung des Wassers für die im Boden befindlichen Stoffe auszunützen, genügen meistens mäßige und kurz andauernde Einstauungen und Anfeuchtungen. Des weiteren kommen Frühjahrsrieselungen nur dann in Betracht, wenn ein reichliches und dungkräftiges Wasser benutzt werden kann, oder wenn es sich darum handelt, die schädlichen Einwirkungen von in dieser Jahreszeit auftretenden Nachtfröste, niederer Tageswärme und rauher Witterungsverhältnisse auf die in guter Lage früh entwickelten Gräser abzuschwächen. Zur Abhaltung der Fröste sind Nachtrieselungen auszuführen und im übrigen die Wässerungsperioden so kurz als möglich zu machen.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 23. März. Der Kaiser bleibt wegen des schönen Frühlingswetters wegen zur Erholung noch einige Tage in Hubertusstock. Er erledigt dort aber in gewohnter Weise die Regierungsgeschäfte.

Nach der neuesten Post aus Ostafrika hat der Gouverneur v. Soden den Vertreter und Vetter Wißmann's, Herrn de la Fremoire ausgewiesen, weil er in Sansibar und auf dem Festlande Ruhestörungen verursachte.

London, 23. März. Ein Telegramm aus Kalkutta enthält Einzelheiten über Kämpfe in Lushailand (nördliches Birma). Der ganze Distrikt nördlich von Lungsen und östlich von Aijal befindet sich im Aufstande. Abtheilungen des 3. und 18. Infanterie-Regiments sind zur Unterdrückung desselben abgesandt worden.

Handel und Verkehr.

Karlsruhe, 21. März. (Schlacht- und Viehhof.) In der letzten Woche, vom 14. bis einschließlich 19. ds. Mts. wurden im hiesigen Schlachthof geschlachtet: 178 Stück Großvieh, und zwar: 35 Ochsen, 50 Kühe, 68 Rinder, 25 Farren, ferner: 489 Schweine, 329 Kälber, 27 Schafe, 125 Kitzlein, 6 Ziegen und 7 Pferde. In den Viehhof wurden zum Markte eingebracht: 15 Stück Großvieh, 400 Schweine, 264 Kälber, 11 Schafe und 0 Kitzlein. Kaufpreis der Kälber 36—40 Pfg. das Pfund lebend Fleischgewicht, der Schweine 50—57 Pfg. das Pfund Schlachtgewicht und der Schafe 24—28 Mk. das Stück.

Mannheim, 21. März. (Fettviehmarkt.) Es waren beigetrieben: 38 Stück Ochsen, 332 Stück Schmalvieh, 9 Stück Farren, 51 Stück Kälber, 154 Stück Schweine, 30 Stück Milchkühe, 20 Stück Schafe. Die Preise stellten sich per 100 Kilo Schlachtgewicht: Ochsen 1. Qual. 144——, 2. Qual. 136—— Mk., Schmalvieh 1. Qual. 130——, 2. Qual. 120—— Mk., Farren 1. Qual. 120——, 2. Qual. 112—— Mk., Kälber 1. Qual. 150——, 2. Qual. 140 bis — Mk., Schweine 1. Qual. 118——, 2. Qual. 112—— Mk., Milchkühe 450—175 Mk., Durchschnittspreis 275 Mk., Schafe per Stück 23—— Mk., —— Luxus- und Arbeitspferde zu ———, Durchschnittspreis —— Mk. Zusammen 634 Stück im Gesammtwerth von ——,— Mk.

Frankfurt a. M., 22. März. Heute legte die Börse eine etwas günstigere Stimmung an den Tag. Das charakteristische Moment des Verkehrs ist zwar noch immer das anhaltende stille Geschäft, doch konnte dessen ungeachtet für die meisten Gebiete eine feste Tendenz Platz greifen. Die Anregung ging von Wien aus, woselbst die fremden Golddevisen einen kleinen Rückgang erfuhren; ferner wirkte die Steigerung der böhmischen Transportwerthe animirend. In Berlin scheinen die nunmehr zur Veröffentlichung gelangten Bilanzziffern der fallirten Firma Günzburg befriedigt zu haben. Mit der immer noch nicht beendigten Ministerkrisis hat sich die Börse heute wenig beschäftigt; man nimmt an, daß dieselbe in aller Kürze ihre Lösung dadurch finden wird, daß Graf Caprivi Reichskanzler und preußischer Minister des Auswärtigen bleibt, während der Kultusminister Zedlitz zurücktritt. Die Haltung am Bankenmarkte war eine feste. Die leitenden Bankpapiere konnten im Laufe des Verkehres kleine Preisavancen erzielen. Von österreichischen Bahnen sind Lombarden auf den etwas besser lautenden Wochenausweis fest. Böhmische Transportwerthe standen heute im Vordergrunde des Verkehrs und sind Böhmische Westbahn und Buschtehrader ansehnlich höher und Schweizerbahnen fest, aber still. Für ausländische Renten machte sich gleichfalls etwas regeres Interesse geltend und sind Italiener, Portugiesen und Buxbanwerthe gebessert. Montanwerthe ruhig. (Fr. J.)

Stadt Lille 100 Fr.-Loose vom Jahre 1860. Ziehung am 1. März. Auszahlung am 1. April 1892. Hauptpreise: Nr. 64981 25,000 Fr. Nr. 78661 10,000 Fr. Nr. 12164 35289 63801 77658 10372 112697 117402 je 1000 Fr. Nr. 6261 9180 80710 105024 118850 129431 153214 161372 166951 je 500 Fr. Alle übrigen gezogenen Nummern je 400 und 200 Fr.

(Ohne Gewähr.)

Konkurse. Louis Kaufmann, Kaufmann, Alex. Kaufmann, Kaufmann, und Jette Kaufmann, Wittwe, in Mannheim, Eröffnungstermin 18. März, Anmeldefristablauf 11. April, 1. Gläubigerversammlung 19. April, Prüfungstermin 19. April. — Fritsch und Schumacher in Pforzheim, 18. März, 16. April, 4. April, 6. Mai. — Mayer, Zivi und Kie. in Freiburg, 4. März, 15. April, 11. April, 26. April. — Karl Schongar, Gärtner in Freiburg, 16. März, 7. April, 7. April, 21. April.

Karlsruher Standesbuchs-Auszüge.

Eheaufgebot: 21. März. Friedrich Jäger von Leopoldshafen, Schmied hier, mit Elisabetha Kinzinger von Schönau.

Eheschließungen: 22. März. Karl Kühle von Untermutschelbach, Schuhmacher hier, mit Leopoldine Graf von Singen. — Moritz Berney von Ebersheim, Weinhändler in Mainz, mit Thekla Homburger von hier.

Geburten: 19. März. Josef, Vater Otto Bachmann, Glaser. — Hilda Elise, Vater Josef Götz, Schuhmacher. — Maria Nina, Vater Christ. Effig, Fabrikarbeiter. — 20. März. Karl Eugen Heinrich, Vater Eugen Stroskl, Oberfeuerwerker. — Eugenie Theresia, Vater Konstantin Kammerer, Bäckermeister. — 21. März. Ottilie Elisabethe, Vater Heinrich Mössinger, Schreiner. — Emma Mina, Vater Wilh. Jung, Schlossermeister. — Heinrich Christian, Vater Christ. Horn, Maurer.

Todesfälle: 21. März. Johann Fuchs, Kassier, ein Ehemann, alt 33 Jahre. — Johann Lutz, Stadttaglöhner, ein Ehemann, alt 43 Jahre.

Auswärtige Todesfälle.

Ettlingen: Elisabeth Buhl, 29½ J.
Freiburg: Fridolin Hug, Privat, 52½ J.
Heidelberg: Cäcilie Dengel, 38 J.
Konstanz: Joh. Baptist Bandel, 83 J.
Lahr: Hermann Müllerleile, 26 J.
Mannheim: Anna Küpper, geb. Scharff.
Tüllingen: Amalie Karoline Haaß, geb. Geisert, 27 J.
Ueberlingen: Fanny Mayer, geb. Götzle.
Villingen: Tobias Heitzmann, Orchestrionfabrikant.
Thiengen: Sofie Hindelang, geb. Thoma.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

An Stelle besonderer Anzeige.

Todes-Anzeige.

Im Vertrauen auf ihren Gott und Erlöser, gestärkt durch die hl. Sakramente, ist heute Abend 6 Uhr unsere herzensgute, treusorgende Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Schwester und Tante,

Amalie Nißler,
geb. Richter,

nach kurzer, aber schwerer Krankheit, sanft entschlafen.

Wir bitten, der Verstorbenen oft im Gebete gedenken zu wollen.

Namens der tieftrauernden Hinterbliebenen:
Robert Nißler.

Karlsruhe, 22. März 1892.

Die Beerdigung findet Donnerstag, den 24. ds., Nachmittags 4 Uhr, vom Trauerhause, Luisenstr. 27, aus statt.

Bauarbeiten-Vergebung.

Zur Erbauung einer katholischen Pfarrkirche in **Oestringen**, Amt Bruchsal, sollen zur Ausführung in Verding gegeben werden:

	im Anschlag zu Mark
Erdarbeit	3290.—
Maurerarbeit	50068.—
Verputzarbeit	4751.—
Steinhauerarbeit	22255.—
Zimmerarbeit	5500.—
Schreinerarbeit	7800,50
Schlosserarbeit	1815.—
Schmiedarbeit	780.—
Blechnerarbeit	1377.—
Pflästererarbeit	1077.—

Nach Prozenten der Kostenberechnung auszudrückende Angebote, unter Anschluß von Zeugnissen über Befähigung, Leumund und Vermögen sind schriftlich, versiegelt und mit Aufschrift versehen bis spätestens

den 4. April ds. Js.,
Vormittags 10 Uhr,

bei katholischem Stiftungsrath in Oestringen postfrei einzureichen.

Die Pläne, Kostenberechnungen und Bedingungen sind im kathol. Pfarrhause daselbst zur Einsicht aufgelegt.

Karlsruhe, den 22. März 1892.

Erzbischöfliches Bauamt:
2,1 Williard.

Bauarbeiten-Vergebung.

Zu den **Reparaturen** an der katholischen **Pfarrkirche** in **Gommersdorf** sollen zur Ausführung in Akkord vergeben werden:

	im Anschlag zu Mark
Grabarbeit	97.50
Maurerarbeit	362.77
Steinhauerarbeit	34.40
Zimmerarbeit	134.28
Verputzarbeit	442,97
Schreinerarbeit	1257,36
Glasmalerarbeit	713,65
Schlosserarbeit	194.—
Blechnerarbeit	176.53
Tüncher- und Malerarbeit	693.89
Pflästererarbeit	227.85

Nach Prozenten der Kostenberechnungen auszudrückende Angebote hierauf wollen verschlossen und mit Aufschrift „Angebot" versehen, längstens bis

Montag, 28. März d. J.,
Vormittags 10 Uhr,

bei kathol. Stiftungsrath Gommersdorf portofrei eingereicht werden, woselbst unterdessen die Kostenberechnungen und Bedingungen zur Einsicht aufliegen.

Heidelberg, den 21. März 1892.

Erzbischöfliches Bauamt:
Maier.

4. populär-wissenschaftlicher Vortrag für Katholiken
in Karlsruhe.

Mittwoch, den 23. März, Abends 8 Uhr,
im großen Rathhaussaale

Vortrag

des Herrn Professor **Dr. J. Moser** aus Mainz
über

„Das Lebensräthsel und der Materialismus".

Zu den Vorträgen haben auch Damen Zutritt.

Es werden außer dem Vortrag am 23. März noch **zwei** Vorträge gehalten.

Für **reservirten** Platz beträgt der **Gesammtpreis 1½ Mark** für die drei Vorträge, für **nichtreservirten 1 Mark.** Der **Eintrittspreis** für **einen** Vortrag beläuft sich auf **1 Mark** für **reservirten** Platz und auf **50 Pfg.** für **nichtreservirten.**

Karten können in Empfang genommen werden in der Agentur der Literarischen Anstalt, Ecke der Herren- und Erbprinzenstraße, bei Herrn Buchbinder Dorer, Erbprinzenstraße 19, sowie in der Expedition des „Badischen Beobachters", Adlerstraße 42.

Für die **reservirten** Plätze werden die Karten nur in der Agentur der Literarischen Anstalt abgegeben.

Am Vortrags-Abend sind noch Karten am Eingange in den Saal zu haben.

Zu zahlreichem Besuche ladet höflichst ein

Das Komitee.

An die katholischen Badener

richte ich hierdurch die herzinnige, flehentliche Bitte, den in **Berlin**, wie nunmehr allgemein bekannt, herrschenden Mangel an katholischen Kirchen auch dadurch mit zu beseitigen helfen zu wollen, daß sie mir einen Baustein zur Errichtung einer **Kirche** für die bisher auf eine armselige **Kapelle** aus **Fachwerk** angewiesene **Pius-Gemeinde** recht bald einsenden. Wir möchten noch gern im Herbste dieses Jahres den Bau beginnen, aus eigener Kraft aber ist die Pfarrgemeinde, die **ärmste** aller Berliner katholischen Gemeinden, nicht im Stande, das noch Erforderliche aufzubringen. Darum nochmals katholische Glaubensgenossen im katholischen Badener Lande, die Ihr gewiß manchen Verwandten oder Bekannten hierselbst habet, helft uns, damit wir bald in einer massiven **Kirche** Gott in einem morschen Fachwerkbau Gottesdienst halten können. Gott soll's lohnen! Die Gemeinde betet täglich mit dem Unterzeichneten nach der hl. Messe ausdrücklich „für die Wohlthäter der Pius-Kapelle". Im Juni wurden für dieselben 4 Hochämter gelesen und im November 4 Requiems für die verstorbenen Wohlthäter abgehalten. 26.19

Pfarrer Frank bei St. Pius, Berlin, Pallisadenstraße 73.

Empfehle

Erstkommunikanten-Anzüge

in dunkeln Buckskins, Diagonal und Kammgarn zu 18, 22, 25, 30 bis 40 Mk.

Reichhaltige Auswahl von Stoffen für Anfertigung von **Erstkommunikanten-Anzügen** nach Maaß in bester Ausführung zu billigsten Preisen.

Joh. Heinr. Felkel,
Kaiserstraße 161, gegenüber Hotel „Erbprinz".

Tuch-Abtheilung,

Kaiserstrasse 82a, Eingang Lammstrasse.

Grösstes Lager bester Fabrikate in jeder Preislage empfiehlt

Wilh. Wolf jr.
30.9.

Gänzlicher Ausverkauf
wegen Lebenswechsel sämmtlicher

Schuhwaaren

zum Selbstkostpreise. 40.28

Bei Einkauf von Mk. 20.— gewähre noch 5% Rabatt.

Bestellungen nach Maass, sowie Reparaturen werden prompt und solide ausgeführt.

Carl Goldmann, Schuhmacher,
235 Kaiserstraße 235.

Vom 20. April ab befindet sich mein Geschäft in unveränderter Weise
227 Kaiserstrasse 227.

Barletta,

persönlich am **Produktionsort** eingekauft, offeriren in **garantirt reiner Qualität:**

bei Abnahme von **600 Liter**	von **M. 32.—**	an unserzollt ab Karlsruhe.
„ „ „ **300**	„ „ „ **35.—**	
„ „ „ **100**	„ „ „ **38.—**	
„ „ „ **25**	„ „ „ **40.—**	

Bei Abnahme größerer Quantitäten bedeutende Preisermässigung.

Gleichzeitig empfehlen wir unsere **Vino Ceglie, Castel del monte**, weiß und roth, **Castellamare, Scoglietti**, sowie **Italienische Dessertweine.**

Prima Referenzen.

Franz Fischer & Cie., Karlsruhe,
Weingrosshandlung und ital. Wein-Import-Geschäft.

Zum Elephanten.

Ich beehre mich, zur allgemeinen Kenntniß zu bringen, daß ich obiges Restaurant übernommen und Sonntag, den 20. März, eröffnet habe.

Meine langjährigen Erfahrungen setzen mich in Stand, allen Anforderungen meiner geehrten Gäste gerecht zu werden.

Ich empfehle vorzügliches **Exportbier** aus der bestrenommirten Bayerischen Bierbrauerei-Gesellschaft vorm. **A. Schwarz** in Speyer, **reine Weine**, und werde ein Hauptaugenmerk auf **gute Küche** legen.

Mit der Bitte, mich in meinem Unternehmen unterstützen zu wollen, empfehle ich mich mit aller Hochachtung.

Adam Eyssen,
früher Restaurateur der „Goldenen 144" und der Volksbierhalle der Elektrotechnischen Ausstellung Frankfurt a. M.

Die Schirmfabrik von W. Kern

empfiehlt ihr größtes Lager in **Sonnenschirmen**, stets das Neueste der Saison, zu enorm billigen Preisen, nur eigenes Fabrikat. **Größte Stoff-Auswahl** zum Ueberziehen der Schirme.

Repariren und Ueberziehen eines Schirmes binnen einer Stunde in der Schirmfabrik von

W. Kern, Waldstraße 43.

ITALIEN.
Nur auf kurze Zeit!
Großer italienischer

Schirm-Ausverkauf.

Buschini aus Italien

ist soeben eingetroffen mit überraschend großartigem Lager in **Sonnen- und Regen-Schirmen**, das **Neueste** für die **Saison 1892.** Gute und reelle Waaren wie seit vielen Jahren; bekannt zu **enorm spottbilligen Preisen.** Größte und billigste Bezugsquelle. Bitte meine werthe Kundschaft, genau auf meine Firma zu achten. Um recht zahlreichen Besuch bittet

Pietro Buschini aus Italien,
zur Zeit in Karlsruhe, **110 Kaiserstraße 110**, im Hause der Druckerei des Landesboten.

4% Badische 100 Thaler-Loose.

Ziehung 1. April.

Die Versicherung gegen Kursverlust für die diesjährige Ziehung besorge ich billigst.

A. MARX, Bankgeschäft.

Karlsruher Colosseum,

jeden Tag Abends 8 Uhr beginnend,
Vorstellung von nur Künstler I. Ranges.
= Reichhaltiges, jeden Tag abwechselndes Programm. =
Alles Nähere durch die Plakate ersichtlich.

Ich habe mich hier als

Augenarzt

niedergelassen.

Dr. med. Fritz Schanz,
bisher I. Assistent der Kaiserpläh-Augenklinik Jena.

Wohnung: **Kaiserstraße 151.**
Sprechstunde: **täglich** 10—1 Uhr, **Dienstag, Mittwoch, Freitag, Samstag** 3—4 Uhr. 4.3

1000 Briefmarken, ca. 170 Sorten, 60 Pfg. — 100 verschiedene Überseeische 2,50 Mk. — 120 bessere europäische 2,50 Mk., bei G. Zechmeyer, **Nürnberg.** Ankauf. Tausch. 26.25

Eis. Gartenmöbel

für **Herrschafts-, Hotels- und Wirthschaftsgärten** in bekannter feiner und solider Arbeit. Billige starke **Wirthschaftsstühle.**

Wilh. Wolf, Bühl i. Bad.
6.1 Zeichn. u. Preisl. auf Verl. sofort.

RUDOLF MOSSE
Annoncen-Expedition
46 Amalienstrasse 46
(am Kaiserplatz)
49 KARLSRUHE.

Moritz Bær,

Ecke der Kreuz- u. Kaiserstrasse, gegenüber der kleinen Kirche, empfiehlt

eine Parthie
140 cm breite

Kammgarne und Cheviots
(nadelfertig),
30% unter'm reellen Werth.

Angesammelte
Buckskin-Reste
weit unter'm
Fabrikpreise.

Großherzogliches Hoftheater.

Donnerstag, den 24. März, 2. Quartal. 41. Abonnem.-Vorstellung. Zweite Gastdarstellung der Frau Franziska Ellmenreich. Die Journalisten. Lustspiel in 5 Akten von Gustav Freytag. Adelheid von Runeck: Frau Ellmenreich. Anfang halb 7 Uhr.

Freitag, den 25. März: Keine Vorstellung.

Fächer

jeder Art
aus *Federn, Crêpe, Gaze, Spitzen, Atlas* etc.
in reicher Auswahl bei

Friedrich Blos,
Grossh. Hoflieferant,
F. Wolff & Sohn's Detail,
Karlsruhe.

Neuanfertigungen ebenso Reparaturen 30.17 werden prompt besorgt.

Erstkommunikanten-Hüte,

prachtvolle Neuheiten von **Knaben- u. Kinder-Hüten** in allen Modeformen u. Farben, **Knaben- u. Kinder-Mützen, Handschuhe, Hosenträger, Cravatten** 3.1

empfiehlt in größter Auswahl und in nur soliden Qualitäten zu außergewöhnlich billigen Preisen

C. A. Zeumer,
127 Kaiserstraße 127.

Kassenschränke

in nur bester Qualität bei

Wilh. Weiss,
Karlsruhe,
Erbprinzenstraße 24.

Lehrling gesucht.

Ein ordentlicher Junge, welcher Lust hat, die **Bäckerei** gründlich zu erlernen, kann sofort oder bis Ostern unentgeltlich in die Lehre treten bei **Joh. Weindel**, Bäckermeister, Karlsruhe.

Selbst tüchtiges Fräulein sucht Stelle bei einem Herrn Geistlichen. Offerten unter Nr. 76 an die Expedition d. Bl. erbeten.

Verantwortlich für den politischen und allgemeinen Theil: J. Hüttgerd. — Für den badischen und lokalen Theil: B. Häfner. — Für Landwirthschaft, Handel und Inserate: H. Vogel. — Sämmtlich in Karlsruhe.
Druck und Verlag der Aktiengesellschaft „Badenia" in Karlsruhe, Ahlwardtstraße 42. — Heinrich Vogel, Direktor.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg